

Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel

Politische Leitlinien

für die nächste
Europäische Kommission

Rede zur Eröffnung

der Plenartagung
des Europäischen Parlaments

Jean-Claude Juncker

Kandidat für das Amt des
Präsidenten der Europäischen Kommission

Straßburg, 15. Juli 2014

Wieder Bewegung in die europäische Politik bringen

Kernaussagen der Rede

des gewählten
Kommissionspräsidenten Juncker
vor dem Europäischen Parlament

Erklärung

in der Plenarsitzung des Europäischen
Parlaments vor der Abstimmung über
die neue Europäische Kommission

Straßburg, den 22. Oktober 2014

Jean-Claude Juncker

Kandidat für das Amt des
Präsidenten der Europäischen Kommission

**Ein neuer Start für Europa:
Meine Agenda für Jobs, Wachstum,
Fairness und demokratischen Wandel**

Politische Leitlinien für die nächste
Europäische Kommission

Rede zur Eröffnung der Plenartagung
des Europäischen Parlaments

Straßburg, 15. Juli 2014

Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel

Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission

Europa hat in den letzten Jahren die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt. Die EU-Organe und die nationalen Regierungen mussten beispiellose Maßnahmen ergreifen, um die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu stabilisieren, die Staatshaushalte zu konsolidieren und zu verhindern, dass die Errungenschaften von Jahrzehnten europäischer Integration zunichte gemacht werden. Das Schlimmste konnte verhindert werden. Der Binnenmarkt und die Integrität des Euro-Währungsraums konnten gewahrt werden. Langsam, aber stetig gewinnt Europa wirtschaftlich wieder an Fahrt und an Vertrauen.

Die Krise hat jedoch ihre Spuren hinterlassen. Mehr als 6 Millionen Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren und die Jugendarbeitslosigkeit hat Höchststände erreicht. Einige Mitgliedstaaten haben noch einen langen Weg vor sich, bevor sie ein nachhaltiges Wachstum und ein angemessenes Investitionsniveau erreicht haben werden. In vielen Ländern ist das Vertrauen in das Europäische Projekt so gering wie nie zuvor.

Die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise können mit der Reparatur eines brennenden Flugzeugs während des Flugs verglichen werden. Sie waren insgesamt erfolgreich. Es sind aber auch Fehler unterlaufen. Die soziale Fairness kam zu kurz. Die demokratische Legitimität litt, da viele Instrumente außerhalb des Rechtsrahmens der Europäischen Union geschaffen werden mussten. Nachdem über mehrere Jahre das Krisenmanagement im Vordergrund gestanden hat, sieht sich Europa heute oft nur unzureichend für globale Herausforderungen vorbereitet, ob auf das digitale Zeitalter, den Wettlauf um Innovation und Know-how, den Mangel an natürlichen Ressourcen, die Sicherheit unserer Lebensmittel, die Auswirkungen des Klimawandels, die Alterung der Gesellschaft oder auch das Leiden und die Armut an den Außengrenzen der Europäischen Union.

Mit der neuen Legislaturperiode, die nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 beginnt, ist die Zeit gekommen, neue Wege zu beschreiten.

Als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission betrachte ich es als meine wichtigste Aufgabe, die Kluften, die während der Krise in Europa entstanden sind, zu überwinden. Es gilt, das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Im Mittelpunkt unserer Politik müssen die zentralen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften stehen. Und wir müssen die demokratische Legitimität auf der Grundlage der Gemeinschaftsmethode stärken.

Der Europäische Rat hat mich am 27. Juni 2014 als Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorgeschlagen, nachdem ich im Vorfeld zu den Wahlen für das Europäische Parlament als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei für dieses Amt Wahlkampf geführt habe - so wie Martin Schulz für die Partei der Europäischen Sozialdemokraten, Guy Verhofstadt für die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und die Europäische Demokratische Partei, Ska Keller und José Bové für die Europäische Grüne Partei und Alexis Tsipras für die Partei der Europäischen Linke. Damit hat der Europäische Rat den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament - in denen meine Partei die meisten Sitze gewonnen hat - Rechnung getragen, nachdem er entsprechende Konsultationen mit Vertretern des Europäischen Parlaments durchgeführt hatte.

Erstmals ist so eine direkte Beziehung zwischen den Ergebnissen einer Europawahl und dem Vorschlag des Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission hergestellt worden. Das Europäische Parlament hatte dies seit mehreren Jahrzehnten immer wieder gefordert. Damit besteht die Möglichkeit, dem europäischen Beschlussfassungsprozess das sehr notwendige Maß an demokratischer Legitimität zu verleihen, so wie es den Regeln und Gepflogenheiten einer parlamentarischen Demokratie entspricht. Dies bietet zugleich eine einmalige Chance für einen Neuanfang.

Nach den Auseinandersetzungen im Wahlkampf sollten wir jetzt zusammenarbeiten. Trotz aller Differenzen liegen unsere Standpunkte nicht so weit voneinander entfernt, wenn es um die Probleme geht, die vorrangig auf europäischer Ebene anzugehen sind. Ich möchte mit Ihnen allen zusammenarbeiten, um in allen EU-Organen einen breiten Konsens darüber zu schaffen, was wir für unsere europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen. Und dann gemeinsam mit Ihnen auf Worte Taten folgen lassen.

Deshalb schlage ich auf der Grundlage meines Meinungs-austausches mit allen politischen Fraktionen des neu gewählten Europäischen Parlaments vor, den für die Europäische Union eingeschlagenen Weg auf der Grundlage meiner **Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel** fortzusetzen. Diese Agenda konzentriert sich auf die Bereiche, in denen die Europäische Union wirklich etwas bewegen kann.

Im Fokus meiner Agenda stehen **zehn Politikbereiche**. Dabei geht es mir an allererster Stelle um konkrete Ergebnisse in diesen zehn Bereichen. Andere politische Bereiche möchte ich den Mitgliedstaaten überlassen, sofern diese über eine stärkere Legitimitätsgrundlage und die besseren Ressourcen verfügen, um - ganz im Sinne der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit - auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen. **Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigt und sich in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnet.**

Lassen Sie mich nun näher auf die zehn politischen Schlüsselbereiche meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel eingehen.

1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belebung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mein Ziel ist es, innerhalb der ersten drei Monate meines Mandats im Rahmen der Überprüfung der Europa-2020-Strategie **ein ehrgeiziges Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen** zu schnüren.

Ich glaube nicht, dass wir auf der Grundlage ständig wachsender Schuldenberge nachhaltiges Wachstum schaffen können - dies ist eine Lehre, die wir aus der Krise gezogen haben und die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Natürlich weiß ich auch sehr gut, dass es nicht die Regierungen oder die EU-Organe, sondern vor allem Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen. Ich bin allerdings der festen Überzeugung, dass wir den gemeinsamen EU-Haushalt und die Europäische Investitionsbank (EIB) viel besser einsetzen könnten. Diese auf Unionsebene verfügbaren öffentlichen Mittel gilt es zu nutzen, wenn wir private Investitionen in die Realwirtschaft fördern wollen. Dabei brauchen wir vor allem intelligentere Investitionen, mehr Zielgerichtetheit, weniger Regulierung und mehr Flexibilität. Auf diese Weise dürften wir meiner Meinung nach in der Lage sein, **in den nächsten drei Jahren bis zu 300 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen für die Realwirtschaft zu mobilisieren.**

Damit wir dies erreichen können, muss das Investitionsumfeld verbessert und für eine stärkere Inanspruchnahme der Mittel gesorgt werden. Die Vorbereitung von Vorhaben durch die EIB und die Kommission sollte intensiviert und ausgeweitet werden. Es muss nach neuen, nachhaltigen und arbeitsplatzschaffenden Vorhaben gesucht werden, die dazu beitragen können, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu kräftigen. Damit konkrete Vorhaben auch wirklich in die Tat umgesetzt werden, müssen wirksamere Finanzierungsinstrumente entwickelt werden. Hierzu zählen auch Kredite und Garantien mit größerer Risikokapazität. Darüber hinaus sollten wir eine weitere Kapitalerhöhung für die EIB in Betracht ziehen.

Diese zusätzlichen Investitionen sollten vorrangig in **Infrastrukturmaßnahmen (insbesondere Breitband- und Energienetze und Verkehrsinfrastruktur in Industriegebieten), in die Bildung, Forschung und Innovation und in die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen.** Vor allem aber muss in großem Maßstab in Maßnahmen investiert werden, die angemessene Arbeitsplätze für die junge Generation schaffen, und zwar zusätzlich zu den bereits ergriffenen Maßnahmen im Rahmen der **Jugendgarantie**, die rascher umgesetzt und nach und nach ausgeweitet werden muss.

Die für Ende 2016 angesetzte **Halbzeitüberprüfung des Mehriährigen Finanzrahmens** sollte genutzt werden, um den EU-Haushalt noch stärker auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten.

Bei der Verwendung nationaler Mittel für Wachstum und Investitionen muss - wie vom Europäischen Rat auf der Tagung vom 27. Juni 2014 erneut unterstrichen - der

Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehalten werden. Gleichzeitig gilt es, die Flexibilität, die in den geltenden Bestimmungen des 2005 und 2011 reformierten Paktes vorgesehen ist, so gut wie möglich zu nutzen. Zu diesem Aspekt werde ich in Verbindung mit meinem ehrgeizigen Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen konkrete Leitlinien vorlegen.

Europa wird nur dann Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen hervorbringen können, **wenn wir für die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen sorgen und ein Klima schaffen, das unternehmensfreundlich und neuen Arbeitsplätzen zuträglich ist.** Wir dürfen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit - insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) - nicht durch allzu präskriptive und zu detaillierte Verordnungen behindern. KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dort entstehen mehr als 85 % aller neuen Arbeitsplätze in Europa. Wir müssen sie von übermäßigem Verwaltungsaufwand entlasten. Deshalb möchte ich in der neuen Kommission die Verantwortung für eine bessere Rechtsetzung einem der Vizepräsidenten übertragen. Dieser sollte das Mandat erhalten, gemeinsam mit Parlament und Rat zu ermitteln, in welchen Bereichen sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene in Verbindung mit meinem Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen ein schneller Bürokratieabbau möglich ist.

2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

Ich bin der Überzeugung, dass wir die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen müssen. Hierfür brauchen wir allerdings den Mut, die bestehenden nationalen Silostrukturen in den Telekommunikationsvorschriften, im Urheberrechts- und Datenschutzrecht, bei der Verwaltung von Funkfrequenzen und in der Anwendung des Wettbewerbsrechts aufzubrechen.

Wenn uns dies gelingt, dann könnten wir dafür sorgen, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger bald in ganz Europa ihre Mobiltelefone benutzen können, ohne zusätzliche Roaminggebühren bezahlen zu müssen. Wir könnten sicherstellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher - unabhängig davon, wo sie sich gerade in Europa befinden und ungeachtet jeglicher Grenzen - jederzeit auf ihren elektronischen Geräten Zugang zu Diensten, Musik, Filmen oder Sportveranstaltungen haben. Wir könnten faire Wettbewerbsbedingungen schaffen, so dass für alle Unternehmen, die ihre Waren und Dienstleistungen in der Europäischen Union anbieten, dieselben Daten- und Verbraucherschutzbestimmungen gelten - und zwar unabhängig davon, wo sich ihr Server befindet. **Durch die Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts könnten wir während der Amtszeit der neuen Kommission ein zusätzliches Wachstum von bis zu 250 Mrd. EUR erzielen;** dies bedeutet hunderttausende neuer Jobs, insbesondere für junge Arbeitsuchende, und eine lebendige und aktive Wissensgesellschaft.

Damit wir dies erreichen, werde ich in den ersten sechs Monaten meines Mandats **ehrgeizige gesetzgeberische Schritte zur Verwirklichung eines solchen vernetzten digitalen Binnenmarkts** einleiten. Hierzu zählen insbesondere der rasche Abschluss der Verhandlungen über gemeinsame europäische Datenschutz-

bestimmungen, mehr Ehrgeiz bei der laufenden Reform unserer Telekommunikationsvorschriften, die Modernisierung des Urheberrechts unter Berücksichtigung der digitalen Revolution und des damit geänderten Verbraucherverhaltens sowie die Modernisierung und Vereinfachung des Verbraucherschutzvorschriften beim Online-Kauf und beim Kauf digitaler Produkte. Dies sollte einhergehen mit entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Kompetenz und des digitalen Lernens in der Gesellschaft und zur Vereinfachung der Gründung innovativer Start-up-Unternehmen. Die Förderung einer stärkeren Inanspruchnahme der digitalen Technologie und die Online-Dienste sollte eine Querschnittsaufgabe werden, die sich auf alle Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors erstreckt.

3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen haben uns vor Augen geführt, dass Europa zu sehr von Erdöl- und Erdgaseinfuhren abhängig ist. Deshalb möchte ich die Energiepolitik Europas reformieren und neu strukturieren und eine **neue europäische Energieunion** schaffen. Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, unsere Infrastrukturen kombinieren und unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken. Wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren und die hohe Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten abbauen.

Ich möchte den europäischen Energiemarkt für unsere Nachbarn offenhalten. Wenn jedoch der Preis für Energie aus dem Osten - ob in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht - zu hoch werden sollte, muss Europa in der Lage sein, rasch zu anderen Versorgungsquellen zu wechseln. Wir müssen, falls erforderlich, in der Lage sein, Energielieferströme umzukehren.

Ferner müssen wir den Anteil erneuerbarer Energie am Energiemix auf unserem Kontinent erhöhen. Dies ist nicht nur eine Frage verantwortlicher Klimaschutzpolitik, sondern auch industriepolitisch unumgänglich, wenn Energie auch mittelfristig erschwinglich sein soll. Ich glaube fest an das Potenzial ökologischen Wachstums. **Deshalb möchte ich, dass die Energieunion Europas weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien wird.**

Außerdem möchte ich erreichen, dass wir erheblich über das 2020-Ziel für Energieeffizienz - insbesondere bei Gebäuden - hinausgehen. Ich setze mich diesbezüglich für eine ehrgeizige verbindliche Zielsetzung ein, mit der wir auf dem derzeitigen Weg zur Energieeffizienz weiter vorankommen. Ich möchte, dass die Europäische Union sowohl im Vorfeld zu dem Treffen der Vereinten Nationen in Paris als auch darüber hinaus eine führende Rolle im Kampf gegen die Erderwärmung einnimmt, im Einklang mit dem Ziel, jeglichen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dies sind wir den künftigen Generationen schuldig.

4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Deshalb soll die nächste Kommission nach meinem Willen auf die Stärke unseres Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpfen. Wir

müssen den Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen vollenden und ihn zu einem Sprungbrett machen, von dem aus unsere Unternehmen und unsere Industrie in der Weltwirtschaft, auch bei Agrarprodukten, florieren können.

Ich bin fest überzeugt, dass wir eine starke und leistungsfähige industrielle Basis für unseren Binnenmarkt erhalten und diese noch stärken müssen. Denn zu glauben, dass man das Wachstum in Europa allein auf Dienstleistungen gründen kann, wäre naiv. **Wir müssen den Anteil der Industrie am BIP der EU, der heute nur knapp 16 % beträgt, bis 2020 wieder auf 20 % steigern.** Dies sollte sicherstellen, dass Europa seine weltweite Spitzenposition in strategischen Sektoren mit hochwertigen Arbeitsplätzen - etwa in der Automobil- und Luftfahrtindustrie, im Maschinenbau, in der Raumfahrt, in der Chemiebranche und in der pharmazeutischen Industrie - behaupten kann. Hierzu müssen wir die Investitionen in neue Technologien stimulieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern, den Markt- und Finanzierungszugang insbesondere für KMU erleichtern und sicherstellen, dass unsere Arbeitskräfte über die Qualifikationen verfügen, die die Industrie braucht.

Eine Priorität bleibt die endgültige Behebung der Probleme unseres Bankensektors, verbunden mit der Ankurbelung privater Investitionen. Ich war und bin überzeugter Befürworter einer **strengerer Kontrolle der Banken** durch einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus und einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus mit einem einheitlichen Abwicklungsfonds, der schrittweise aufgebaut wird. Meine Kommission wird aktiv dafür sorgen und streng darüber wachen, dass die neuen Aufsichts- und Abwicklungsregeln vollständig umgesetzt werden, damit die europäischen Banken robuster werden und sich wieder der Kreditversorgung der Realwirtschaft zuwenden können.

Mit der Zeit, so glaube ich, sollten wir die neuen europäischen Bankenregeln durch eine **Kapitalmarktunion** vervollständigen. Um die Finanzierung unserer Wirtschaft zu verbessern, sollten wir die Entwicklung und Integration der Kapitalmärkte weiter vorantreiben. Dies würde die Kapitalbeschaffung insbesondere für KMU verbilligen und unsere sehr hohe Abhängigkeit von der Bankenfinanzierung verringern helfen. Dadurch würde Europa auch als Investitionsstandort attraktiver.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählt seit jeher zu den wichtigsten Säulen des Binnenmarkts; für sie werde ich nachdrücklich eintreten, zugleich aber auch den nationalen Behörden das Recht zugestehen, gegen Missbrauch und Leistungsbetrug vorzugehen. Ich glaube, dass wir die Freizügigkeit nicht als Bedrohung, sondern als wirtschaftliche Chance begreifen müssen. Daher sollten wir die **Arbeitskräftemobilität** fördern, insbesondere in Bereichen, in denen Stellen länger unbesetzt bleiben und Fachkräfte fehlen. Zugleich werde ich dafür Sorge tragen, dass die **Entsenderichtlinie** streng umgesetzt wird, und ich werde eine gezielte Überprüfung dieser Richtlinie auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass Sozialdumping in der Europäischen Union keinen Platz hat. **In unserer Union sollte gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich vergütet werden.**

Wir brauchen mehr Fairness in unserem Binnenmarkt. Während wir die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für ihre Steuersysteme anerkennen, sollten wir unsere Anstrengungen im **Kampf gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug verstärken**, damit alle ihren gerechten Teil beitragen. Ich werde insbesondere die

Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden vorantreiben und mich auf EU-Ebene für die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und einer Finanztransaktionssteuer einsetzen. Die vorgeschlagenen verschärften **Geldwäschevorschriften** der Union sollten zügig verabschiedet werden und inhaltlich ambitioniert sein, insbesondere was die Identifizierung wirtschaftlicher Eigentümer und die Sorgfaltspflichten gegenüber Kundinnen und Kunden angeht.

5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

In den nächsten fünf Jahren möchte ich die Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen, um unsere einheitliche Währung stabil zu halten und die Konvergenz der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten zu erhöhen. Dabei werde ich mich auf die „Berichte der vier Präsidenten“ und das Konzept der Kommission für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion stützen und die soziale Dimension Europas nie aus den Augen verlieren.

Die Krise gewährt uns derzeit nur eine Atempause. Diese Pause müssen wir nutzen, um die beispiellosen Maßnahmen, die wir während der Krise ergriffen haben, zu konsolidieren und zu ergänzen, zu vereinfachen und sozial stärker zu legitimieren. Die Stabilität unserer einheitlichen Währung und die Solidität der öffentlichen Finanzen sind mir ebenso wichtig wie soziale Fairness bei der Umsetzung der nötigen Strukturreformen.

Im ersten Jahr meiner Amtszeit möchte ich **legislative und nicht-legislative Initiativen zur Vertiefung unserer Wirtschafts- und Währungsunion** auf den Weg bringen. Dazu gehören eine stabilitätsorientierte Überprüfung der „Sixpack“- und der „Twopack“-Gesetzgebung (wie sie in diesen Regelungen vorgesehen ist), Vorschläge zur Förderung weiterer Strukturreformen, wenn nötig durch zusätzliche Finanzanreize und eine zielgerichtete Fiskalkapazität auf Euroraumebene, sowie ein Vorschlag für eine effizientere Außenvertretung unserer Wirtschafts- und Währungsunion.

Auf mittlere Sicht müssen wir die Art und Weise, wie wir in Schwierigkeiten geratenen Euroländern bedingte Stabilitätshilfen zukommen lassen, nach meiner Überzeugung neu austarieren. In Zukunft sollte es uns gelingen, die „**Troika**“ durch eine Struktur mit stärkerer demokratischer Legitimation und Rechenschaftspflicht zu ersetzen, die um die europäischen Institutionen herum angesiedelt ist, mit verstärkter parlamentarischer Kontrolle sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Außerdem schlage ich vor, dass bei Hilfs- und Reformprogrammen künftig nicht mehr nur die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf den Prüfstand gestellt, sondern auch eine **soziale Folgenabschätzung** durchgeführt wird. Über die sozialen Auswirkungen von Strukturreformen muss öffentlich diskutiert werden und der Kampf gegen die Armut muss eine Priorität sein. Ich bin überzeugter Anhänger der *sozialen* Marktwirtschaft. Dass in einer Krise Reeder und Spekulanten noch reicher werden, während Rentnerinnen und Rentner nicht mehr über die Runden kommen, ist mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

Unter meiner Präsidentschaft wird die Kommission im Geiste der Gegenseitigkeit sowie des wechselseitigen Nutzens und der beiderseitigen Transparenz ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aushandeln. Dass Europäer und Amerikaner im 21. Jahrhundert noch immer **Zölle** auf die Produkte des jeweils anderen erheben, ist ein Anachronismus. Sie sollten zügig und vollständig abgeschafft werden. Nach meiner Überzeugung können wir auch noch einen erheblichen Schritt weitergehen, um unsere **Produktnormen** gegenseitig anzuerkennen oder auf transatlantische Normen hinzuarbeiten.

Allerdings werde ich als Kommissionspräsident auch unmissverständlich klarstellen, **dass ich nicht bereit bin, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern.** Insbesondere die Sicherheit unserer Lebensmittel und der Schutz personenbezogener Daten der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind für mich als Kommissionspräsident nicht verhandelbar. Ebenso wenig werde ich akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten.

In allen Phasen der Verhandlungen werde ich auf **mehr Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und dem Europäischen Parlament** bestehen, das gemäß den EU-Verträgen beim Abschluss des Abkommens das letzte Wort hat.

7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

Unsere Europäische Union ist mehr als nur ein großer gemeinsamer Markt. Sie ist auch **eine Union gemeinsamer Werte**, die in den Verträgen und in der Charta der Grundrechte niedergelegt sind. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Regierungen, dass sie Recht, Schutz und Gerechtigkeit gewährleisten und dass die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt geachtet werden. Dies erfordert auch ein gemeinsames europäisches Handeln auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte.

Ich habe die Absicht, die Vorrechte der Kommission dazu zu nutzen, unsere gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs zu bewahren, wobei ich gleichzeitig der Vielfalt der verfassungsrechtlichen und kulturellen Traditionen der 28 Mitgliedstaaten gebührend Rechnung tragen werde. Ich werde **einem Kommissionsmitglied die spezielle Zuständigkeit für die Grundrechtecharta und die Rechtsstaatlichkeit übertragen.** Dieses Kommissionsmitglied wird auch die Aufgabe haben, **den Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention** zum Abschluss zu bringen, zu dem uns der EU-Vertrag verpflichtet.

Diskriminierung, sei es aus Gründen der Staatsangehörigkeit, des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung oder der Zugehörigkeit zu

einer Minderheit, darf in unserer Union keinen Platz haben. Daher werde ich den Vorschlag für eine Richtlinie in diesem Bereich aufrechterhalten und die nationalen Regierungen zur Aufgabe ihres derzeitigen Widerstands im Rat zu bewegen versuchen.

Dem Grundrecht auf **Datenschutz** kommt im digitalen Zeitalter besondere Bedeutung zu. Neben dem zügigen Abschluss der Gesetzgebungsarbeiten an gemeinsamen Datenschutzregeln innerhalb der Europäischen Union müssen wir auch in unseren Außenbeziehungen auf dieses Recht pochen. Angesichts der jüngst offenbarten Massenüberwachung müssen uns enge Partner wie die Vereinigten Staaten erst wieder davon überzeugen, dass die aktuelle Safe-Harbour-Vereinbarung wirklich sicher ist, wenn sie weiter Bestand haben soll. Die Vereinigten Staaten müssen auch garantieren, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger das Recht haben, ihre Datenschutzrechte bei US-Gerichten einzuklagen, und zwar unabhängig davon, ob sie auf amerikanischem Boden wohnen. Dies ist unerlässlich, damit in den transatlantischen Beziehungen wieder Vertrauen entstehen kann.

Die Bekämpfung von grenzübergreifender Kriminalität und Terrorismus ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Wir müssen hart gegen organisierte Kriminalität wie Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Cyberkriminalität vorgehen. Wir müssen die Korruption anpacken und Terrorismus und Radikalisierung unter Achtung der Grundrechte und -werte, einschließlich der Verfahrensrechte und des Schutzes personenbezogener Daten, bekämpfen.

Da die Bürgerinnen und Bürger in der Union zunehmend über Ländergrenzen hinweg lernen, arbeiten, Geschäfte tätigen, heiraten und Kinder haben, **muss die justizielle Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten** Schritt für Schritt verbessert werden: indem Brücken zwischen den verschiedenen Rechtssystemen geschlagen werden, indem gemeinsame Instrumente wie Eurojust verstärkt werden, indem bei neuen Instrumenten wie der Europäischen Staatsanwaltschaft, die gegen kriminellen Betrug zu Schaden des EU-Haushalts vorgehen soll, Fortschritte erzielt werden und indem Gerichtsurteile gegenseitig anerkannt werden, damit Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen ihre Rechte in der Union leichter wahrnehmen können.

8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik

Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zu allererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir **im Geiste der Solidarität** eng zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass sich Vorfälle wie in Lampedusa niemals mehr wiederholen können.

Auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte müssen wir Bedürftige durch eine starke **gemeinsame Asylpolitik** schützen. Das unlängst vereinbarte gemeinsame Asylrecht muss vollständig umgesetzt und Divergenzen in der nationalen Umsetzung müssen ausgeräumt werden. Ich werde auch prüfen, ob das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen eingesetzt werden kann, um Drittländern und Behörden von Mitgliedstaaten beim Umgang mit Flüchtlingen und Asylanträgen in

Notsituationen zu helfen, in besonders betroffenen Ländern gegebenenfalls auch vor Ort.

Ich möchte **eine neue europäische Politik der legalen Zuwanderung** voranbringen. Eine solche Politik könnte uns helfen, den Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen zu beheben und Talente anzuwerben, um die demographischen Herausforderungen in der Europäischen Union besser zu bewältigen. Ich will, dass Europa für Zuwanderer mindestens genauso attraktiv wird wie Australien, Kanada und die Vereinigten Staaten. Als erstes werde ich mich einer Überprüfung der „Blue Card“-Richtlinie und ihrer Umsetzung widmen, deren bisheriger Stand kaum zufriedenstellen kann.

Außerdem meine ich, dass wir energischer gegen **irreguläre Migration** vorgehen müssen, insbesondere durch bessere Zusammenarbeit mit Drittländern, auch bei der Rückübernahme.

Ich werde **einem Kommissionsmitglied die spezielle Zuständigkeit für Migration** übertragen, wobei mit allen Mitgliedstaaten und mit den am stärksten betroffenen Drittländern zusammengearbeitet werden soll.

Nicht zuletzt müssen wir **die Außengrenzen Europas sichern**. Unsere gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik wird nur funktionieren, wenn es uns gelingt, einen unkontrollierten Zustrom illegaler Einwanderer zu unterbinden. Daher müssen wir die operativen Kapazitäten der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ausbauen. Eine Mittelausstattung von 90 Millionen EUR im Jahr wird der Aufgabe, die gemeinsame EU-Außengrenze zu schützen, ganz gewiss nicht gerecht. Wir müssen im Kreis der Mitgliedstaaten mehr Ressourcen mobilisieren, damit wir die Arbeit von Frontex verstärken und bei gemeinsamen Frontex-Operationen und Soforteinsätzen Europäische Grenzschutzteams aktivieren können. Dies ist die gemeinsame Verantwortung aller EU-Mitgliedstaaten, im Norden wie im Süden, der man sich solidarisch stellen muss.

Außerdem müssen wir unsere neuen gemeinsamen europäischen Regeln zur strafrechtlichen Verfolgung von **Menschenhändlern** anwenden und rigoros durchsetzen. Kriminellen, die aus der Notlage oder Verfolgung von Menschen Kapital schlagen, sei gesagt: Europa ist auf der Hut und wird sie in jedem Fall vor Gericht stellen.

9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

In der Außenpolitik brauchen wir ein stärkeres Europa. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht. Es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Nach meiner Überzeugung können wir uns nicht damit zufriedengeben, wie unsere gemeinsame Außenpolitik bislang funktioniert. Wir brauchen bessere Mechanismen, um Ereignisse frühzeitig zu erkennen und um schnell gemeinsam reagieren zu können. Wir müssen die Instrumente für das auswärtige Handeln Europas wirksamer bündeln. Die Handelspolitik, die Entwicklungspolitik, unsere Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen und unsere Nachbarschaftspolitik müssen nach ein und derselben Logik kombiniert und aktiviert werden.

Der nächste **Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik Europas** muss ein starker, erfahrener Akteur sein, der nationale und europäische Instrumente sowie alle der Kommission zur Verfügung stehenden Instrumente wirksamer kombiniert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Er oder sie muss gemeinsam mit den europäischen Kommissaren für Handel, Entwicklung und humanitäre Hilfe sowie Nachbarschaftspolitik agieren. Dazu muss der Hohe Vertreter stärker als bisher seine Rolle im Kommissionskollegium wahrnehmen. Damit dies gelingt, beabsichtige ich, andere für Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglieder mit der **Stellvertretung für den Hohen Vertreter** sowohl bei der Arbeit im Kollegium als auch auf der internationalen Bühne zu betrauen.

Auch in der **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** müssen wir nach meiner Überzeugung an einem stärkeren Europa arbeiten. Natürlich, Europa ist in erster Linie eine Soft Power. Aber auch die stärkste Soft Power kann langfristig nicht ohne ein Mindestmaß an integrierten Verteidigungskapazitäten auskommen. Im Vertrag von Lissabon ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten, die dies möchten, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit bündeln können. Mitgliedstaaten, die dies wollen, können sich bei Bedarf an gemeinsamen EU-Missionen in Krisengebieten beteiligen, was in Mali oder Südsudan von Anfang an notwendig gewesen wäre. Die Mitgliedstaaten sollten auch mehr Synergien bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern erzielen. In Zeiten knapper Kassen müssen wir unsere Ambitionen und Mittel miteinander in Einklang bringen und doppelte Programme vermeiden. Heute werden immer noch mehr als 80 % der Investitionen in Verteidigungsausrüstung in der EU auf nationaler Ebene getätigt. Mehr Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern ist daher das Gebot der Stunde, und sei es auch nur aus finanziellen Gründen.

Die **Erweiterung** war - das erkenne ich voll und ganz an - ein historischer Erfolg, der unserem Kontinent Frieden und Stabilität gebracht hat. Die Union und ihre Bürgerinnen und Bürger müssen nun jedoch den Beitritt von 13 Staaten in den letzten zehn Jahren erst einmal verdauen. Die EU muss bei der Erweiterung eine Pause einlegen, damit wir konsolidieren können, was die 28 Mitgliedstaaten erreicht haben. Unter meiner Präsidentschaft der Kommission werden deshalb die laufenden Verhandlungen fortgeführt, da insbesondere die westlichen Balkanstaaten weiter eine europäische Perspektive brauchen, **es wird aber in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung mehr geben**. Die enge Zusammenarbeit, Assoziierung und Partnerschaft mit östlichen Nachbarn wie Moldau oder der Ukraine müssen wir ausbauen, um unsere wirtschaftlichen und politischen Bindungen weiter zu festigen.

10. Eine Union des demokratischen Wandels

Dass der Präsident der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt wird, ist zwar wichtig, stellt jedoch nur einen ersten Schritt hin zu einem insgesamt demokratischeren Europa dar. Eine von mir geführte Europäische Kommission würde sich dafür einsetzen, die mit der Rahmenvereinbarung von 2010 begründete besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament mit neuem Leben zu erfüllen. **Ich will mit Ihnen keinen technokratischen, sondern einen politischen Dialog führen**. Ich beabsichtige, zu wichtigen Trilogverhandlungen immer politische Vertreter zu entsenden und erwarte dies auch vom Rat.

Ferner setze ich mich für größere **Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten** ein. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu wissen, mit wem sich Kommissare und Kommissionsbedienstete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Vertreter des Rates im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens treffen. Ich werde daher dem Parlament und dem Rat eine interinstitutionelle Vereinbarung über die Einrichtung eines verbindlichen Lobby-Registers für alle drei Organe vorschlagen. Die Kommission wird dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich beabsichtige auch, die **Rechtsvorschriften für die Zulassung genetisch veränderter Organismen** zu überprüfen. Aus meiner Sicht ist es einfach nicht richtig, dass die Kommission nach den geltenden Vorschriften rechtlich gezwungen ist, die Einfuhr und Verarbeitung neuer Organismen zu genehmigen, obwohl eine klare Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen ist. Die Kommission sollte der Meinung der Mehrheit demokratisch gewählter Regierungen zumindest dasselbe Gewicht beimessen können wie wissenschaftlichen Gutachten, vor allem, wenn es um die Sicherheit unserer Lebensmittel und unserer Umwelt geht.

Die Beziehungen zu den **nationalen Parlamenten** sind für mich von großer Bedeutung, insbesondere bei der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Ich werde erkunden, wie die Interaktion mit den nationalen Parlamenten als eine Möglichkeit zur Annäherung der Europäischen Union an ihre Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.

Wenn ich zum Kommissionspräsidenten gewählt werde, wird meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel als Grundlage für die jährliche und mehrjährige Programmplanung der Union dienen. Dabei können wir uns auch auf die vom Europäischen Rat am 27. Juni 2014 verabschiedete „Strategische Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ und auf die Leitlinien stützen, die das Europäische Parlament in den kommenden Monaten festlegen wird.

* * *

Nach meiner Überzeugung muss die politische Agenda Europas in enger Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten gestaltet werden. **Die Setzung politischer Prioritäten als Grundlage für eine bessere, stärker fokussierte Union wird nur funktionieren, wenn sie in Partnerschaft zwischen den Organen der Union und den Mitgliedstaaten nach der Gemeinschaftsmethode vorgenommen wird.**

Der Präsident der Kommission hat die Aufgabe, das allgemeine europäische Interesse zu verteidigen. Dazu muss er mit allen zusammenarbeiten - unabhängig davon, ob sie zum Euroraum gehören oder nicht, ob sie das Schengener Übereinkommen unterzeichnet haben oder nicht und ob sie eine Vertiefung der Integration unterstützen oder nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Union voranschreiten müssen. **Wir müssen nicht unbedingt alle im gleichen Tempo voranschreiten** - in den Verträgen sind entsprechende Möglichkeiten vorgesehen, und wir haben gesehen, dass wir mit unterschiedlichen Regelungen arbeiten können. Diejenigen, die weiter gehen und schneller vorankommen wollen, sollten

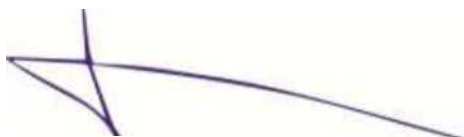
dies tun können. Besonders wichtig ist dies für den Euroraum, wo wir die Fundamente des Euro durch Vertiefung der Integration stärken müssen. Dies sollte so geschehen, dass die Integrität des Binnenmarkts erhalten bleibt und die Rechte der Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums geschützt werden. Wie in jeder Familie treten von Zeit zu Zeit Spannungen und Meinungsverschiedenheiten auf. Ich habe während meines Wahlkampfes klargestellt, dass ich bereit bin, mir die Sorgen jedes Mitgliedstaats anzuhören und bei der Suche nach Lösungen zu helfen.

Ich möchte die Arbeit der neuen Kommission auf der Grundlage meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel und der darin aufgestellten zehn Prioritäten neu ausrichten. Ich möchte die neue Kommission so organisieren, dass diesen zehn Schlüsselbereichen Rechnung getragen wird und gewährleistet ist, dass in allen Bereichen schnell und effizient Ergebnisse erzielt werden.

Ich werde alles in meiner Macht Stehende zu tun, um **bei der Auswahl des Führungspersonals der Kommission sowohl auf der politischen als auch auf der Verwaltungsebene für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern** zu sorgen. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis ist kein Luxus, sondern ein politisches Muss und sollte für jeden selbstverständlich sein, auch für die führenden Politiker in allen Hauptstädten unserer Mitgliedstaaten, wenn sie ihre Vorschläge für die Ernennung der Mitglieder der nächsten Kommission unterbreiten. Dies ist an sich schon ein Test für das Engagement der Mitgliedstaaten für einen neuen, demokratischeren Ansatz in Zeiten des Wandels.

Auf der Grundlage meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel und der darin aufgestellten zehn Prioritäten bewerbe ich mich heute um die Wahl durch das Europäische Parlament. Je größer die Mehrheit ist, die mich und meine Agenda heute unterstützt, desto stärker wird meine Position bei der Bildung der nächsten Kommission sein und desto effektiver werde ich mit dieser Agenda schnelle Ergebnisse erzielen können.

„Diesmal geht's um mehr“ war der Wahlkampfeslogan des Europäischen Parlaments. Lassen Sie uns gemeinsam zeigen, dass wir dieses Versprechen einlösen können. Dass wir zusammen in der Lage sind, Europa wirklich zu verändern und zu erneuern. Und dass wir gemeinsam daran arbeiten werden, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt wiederzugewinnen. Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um meinen Beitrag dazu zu leisten.



Jean-Claude Juncker

Ein neuer Anfang für Europa

Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments

Straßburg, 15. Juli 2014



Am 25. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger Europas zu uns gesprochen. Sie haben deutliche Botschaften an uns gerichtet, die sich zum Teil allerdings widersprechen. Heute und in den kommenden Jahren müssen wir reagieren: auf ihre Erwartungen, auf ihre Ängste, auf ihre Hoffnungen und auch auf ihre Träume, denn in Europa gibt es Platz für Träume. Hier im Europäischen Parlament, dem Hohen Haus der europäischen Demokratie, werde ich die allgemeinen Leitlinien für die Arbeit und das Handeln der nächsten Kommission vorstellen. Ich spreche hier bewusst von den allgemeinen Leitlinien – den Grundzügen –, die ich Ihnen bereits schriftlich in allen Amtssprachen habe zukommen lassen, da alle Sprachen den gleichen Respekt verdienen. Und ich möchte den Übersetzerinnen und Übersetzern danken, die sich mit diesem Text, den ich gestern am späten Abend fertiggestellt habe, die Nacht um die Ohren geschlagen haben. Das ausführliche Programm der Kommission festzulegen, ist Sache des Kollegiums der Kommissionsmitglieder, die von Ihnen im Herbst per Abstimmung bestätigt werden müssen.

Das Parlament, das heute seine Arbeit aufnimmt, unterscheidet sich von seinen Vorgängern. Sie sind das erste Parlament, das den Präsidenten der Kommission im wahrsten Sinne des Wortes wählen wird. Sie werden ihn in einem neuen Geist wählen. Am Tag nach der Abstimmung haben Sie darauf bestanden, dass das Ergebnis der allgemeinen Wahlen berücksichtigt werden muss. Damit haben Sie Artikel 17 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union seinen wahren Sinn, seine wahre demokratische und politische Bedeutung, verliehen. Ohne Ihre Beharrlichkeit und ohne Ihren Einsatz würde dieser Artikel weiterhin nur auf dem

Papier stehen. Sie haben das Demokratieprinzip verteidigt, und zwar zu Recht. Ein Parlament, das die Wahrung des Demokratieprinzips durchsetzt, handelt edel und hat weder scharfe, ungerechtfertigte Kritik noch böswillige Unterstellungen verdient. Ich möchte auch die anderen Spitzenkandidaten würdigen, die unserer demokratischen Debatte ein hohes Maß an Lebendigkeit verliehen haben. Wenn die politische Familie eines anderen Kandidaten die Wahl gewonnen hätte, wäre ich der Erste gewesen, der dieses Parlament aufgefordert hätte, ihn mit der Bildung der nächsten Kommission zu beauftragen.

Das Parlament und die Kommission sind zwei typische Gemeinschaftsorgane. Es ist daher nur normal, dass der Präsident der Kommission und der Präsident des Parlaments einerseits und das Parlament und die Kommission andererseits besonders enge Arbeits- und Gestaltungsbeziehungen unterhalten. Wir werden Akteure der Gemeinschaft, keine Gegner des Europäischen Rates oder des Ministerrats sein. Europa lässt sich nicht ohne die Staaten und nicht ohne die Nationen errichten, die keine vorübergehende Laune der Geschichte, sondern von Dauer sind. Wir, das Parlament und die Kommission, werden im allgemeinen Interesse handeln, und ich wünsche mir, dass wir gemeinsam handeln.

Der Präsident der Kommission wird vom Europäischen Rat vorgeschlagen. Er ist deshalb aber nicht dessen Sekretär. Die Kommission ist kein technischer Ausschuss von hervorragenden hohen Beamten, die an die Weisungen eines anderen Organs gebunden sind. Die Kommission ist politisch. Ich möchte, dass sie noch politischer wird. Sie wird sehr politisch sein. Ihre Zusammensetzung muss die Pluralität der sich gerade herausbildenden Ideenmehrheit widerspiegeln. Ich würde mir wünschen, dass sich der Europäische Rat bei der Gestaltung seiner internen Organisation ebenfalls an diesem Grundsatz orientiert.

Der Präsident der Kommission wird von diesem Parlament gewählt. Er ist deshalb aber nicht dessen Befehlsempfänger. Ich werde nicht der Adjutant des Europäischen Parlaments sein. Aber zweifeln Sie keine Sekunde an meinem Willen, ein Kommissionsmitglied, dem Sie Ihr Vertrauen entzogen haben, von seinen Aufgaben zu entbinden, oder an meiner grundsätzlichen Bereitschaft, auf Stellungnahmen und Aufforderungen ihrerseits, Legislativvorschläge folgen zu lassen.

Das Recht, Fragen zu stellen, wird nicht angetastet. Es bleibt unverändert bestehen.

Ich werde die Kommissionsmitglieder auffordern, häufiger als bisher in den entscheidenden Phasen wichtiger Trilogie zugegen zu sein, und ich wünsche mir dies auch vom Rat. Ich werde dafür sorgen, dass das Lobby-Register öffentlich zugänglich gemacht wird und die Eintragung verbindlich ist. Ich möchte, dass die Europäer wissen, wer wen besucht hat und wer mit wem gesprochen hat, und ich möchte, dass sich die anderen Organe unserem Schritt anschließen.

Ich werde dafür sorgen, dass die Verfahrensvorschriften für die verschiedenen Genehmigungen im Bereich der genetisch veränderten Organismen überprüft werden. Ich möchte nicht, dass die Kommission Beschlüsse fassen kann, ohne dass eine Mehrheit der Mitgliedstaaten sie dazu aufgefordert hätte.

Lassen Sie uns ganz allgemein auf ideologische Debatten verzichten, die nur das Ziel haben, zu spalten. Lassen Sie uns stattdessen positive Debatten führen, die sich auf feste Überzeugungen und auf Ambitionen stützen, die uns weiterbringen. Lassen Sie uns einen pragmatischen Ansatz wählen. Konzentrieren wir uns auf konkrete Ergebnisse, die allen Europäern zugutekommen. Ermüden wir diejenigen, die unsere Arbeit verfolgen, nicht mit institutionellen Debatten, die uns vom Wesentlichen wegführen, nämlich vom europäischen Bürger. Und ich appelliere an die Regierungen, häufiger der Versuchung zu widerstehen, zuhause die Beschlüsse zu kritisieren, die Sie in Brüssel gemeinsam mit ihren Amtskollegen gefasst haben.

Wenn Sie in Brüssel „ja“ gesagt haben, sagen Sie woanders nicht „nein“. Sagen Sie nach einer Ratstagung niemals, dass Sie gesiegt und die anderen verloren hätten. In Europa siegen wir gemeinsam, und wir verlieren auch gemeinsam.

Europa ist unverständlich geworden, weil unsere Beschreibung von Europa sehr oft zur Karikatur neigen. Verzichten wir auf die nationale Nabelschau. Lassen Sie uns in Europa gemeinsam handeln: Lassen Sie uns die Gemeinschaftsmethode anwenden. Sie ist zwar anspruchsvoll, aber sie ist auch effizient, sie hat sich bewährt, und sie ist überzeugender als das zwischenstaatliche Hin und Her. Die Gemeinschaftsmethode muss rehabilitiert werden.

Europa hat an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Die Distanz zwischen der Europäischen Union und den Bürgern wächst. Nur die wirklich Blinden und Tauben sehen und hören dies nicht.

Die Europäische Union befindet sich sehr oft in Erklärungsnot, und vielmals in der Bringpflicht, Europa besser zu erklären.

Europa braucht eine breit aufgestellte Reformagenda.

Der Status quo ist keine komplette Palette. Wir müssen sie erweitern. Die Menschen haben sehr oft Angst vor Reformen. Sie empfinden sie als bedrohlich und als risikoreich. Aber wer kein Risiko eingeht, geht das größere Risiko ein. Wir müssen Risiken eingehen, um Europa wettbewerbsfähiger zu machen.

Wir haben als Europäische Union an internationaler und globaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.

Wir sind zurückgefallen, weil wir stehen geblieben sind. Wir müssen uns wieder einen Vorsprung erkämpfen.

Wettbewerbsfähigkeit wird oft verwechselt mit einseitigem Sozialabbau, aber Wettbewerbsfähigkeit erreicht man nicht durch Sozialabbau. Wettbewerbsfähigkeit erreicht man dadurch, dass man breit gefächerte Konzepte in die Hand nimmt. Sie muss sein, um die Europäische Union zu einem attraktiven Standort zu machen. Standort für Menschen, Standort für Investoren.

Dazu gehört auch das Prinzip, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen.

Dies erfordert, dass die Binnenmarktregeln keinen höheren Wert haben als die sozialen Regeln, die sonst nur Mindeststandards sind. Der Binnenmarkt hat nicht immer automatisch Vorfahrt; auch das Soziale muss seinen Platz in Europa haben.

Ich bin ein begeisterter Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. „Wohlstand für alle“, hat Ludwig Erhardt gesagt. Nicht „Wohlstand für einige wenige“ – „Wohlstand für alle“, das muss die Maxime in der Wirtschaft und in der Sozialpolitik sein. Man sagt oft angesichts der Krise, die soziale Marktwirtschaft hätte versagt. Nein, meine Damen und Herren, nicht die soziale Marktwirtschaft hat versagt, versagt haben die, die durch Profitgier, durch Geldgier, durch die Politik des schnellen Geldes gegen die Kardinaltugenden der sozialen Marktwirtschaft verstoßen haben.

Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn es einen Sozialdialog gibt. Der soziale Dialog hat in den Jahren der Krise gelitten. Er muss sowohl national als auch und vor allem auf europäischer Ebene wieder belebt werden. Ich möchte ein Präsident des sozialen Dialogs sein.

Standortsicherung braucht Wachstum – nicht schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme, die zu Strohfeuern führen und die auf Dauer keine Arbeitsmarktwirkung zeigen. Was wir brauchen ist ein nachhaltiges Wachstum über Jahrzehnte. Wir brauchen ein anspruchsvolles Arbeits-, Wachstums-, Investitions- und Wettbewerbsfähigkeitspaket. Wieso brauchen wir das? Weil wir viele Menschen in Europa wieder zurück nach Europa, zurück in die Mitte des Lebens, holen müssen. Wachstumspakete, Wettbewerbsfähigkeitspakete, Investitionsprogramme haben nur ein Ziel: die Menschen in die Mitte der Gesellschaft zurückzubringen.

Es entsteht zurzeit innerhalb der Grenzen der Europäischen Union ein 29. Staat. Es ist der Staat in dem die Menschen, die keine Arbeit haben, wohnen. Ein Staat, in dem Jugendliche Arbeitslose wurden; ein Staat in dem wir Ausgeschlossene, Zurückgeworfene, am Wege stehen Gebliebene erleben. Ich hätte gerne, dass dieser 29. Mitgliedstaat wieder ein normaler Mitgliedstaat wird. Deshalb schlage ich ein anspruchsvolles Investitionsprogramm vor. Bis Februar 2015 möchte ich dieses anspruchsvolle Wachstums-, Investitions-, Wettbewerbsfähigkeits- und Arbeitsplätze-Paket vorlegen.

Ich hätte gerne, dass wir in den nächsten drei Jahren 300 Mrd. EUR an öffentlichen und vor allem privaten Investitionen mobilisieren. Das werden wir tun, und ich wäre dankbar, wenn das Parlament mich auf diesem Weg unterstützen würde. Wir können das tun durch eine zielorientierte Nutzung der bestehenden Strukturfonds und durch eine zielorientierte Nutzung der verfügbaren und auszubauenden Instrumente der europäischen Investitionsbank. Wir brauchen abgestimmte Investitionen in Infrastrukturprojekte; Investitionen im Breitbandbereich, in die Energienetze, und wir brauchen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur der Industriezentren. Wir brauchen eine Re-Industrialisierung Europas. Wir brauchen auch Investitionen im industriellen Bereich, in Sachen Forschung, Entwicklung, erneuerbare Energien. Erneuerbare Energien sind nicht das Spielfeld ökologischer Gutmenschen. Erneuerbare Energien und deren Ausbau ist die Voraussetzung, dass das Europa

von morgen wirklich dauerhafte, beständige und nachhaltige Standortvorteile im direkten Vergleich zu anderen Playern in der Welt schafft.

Ein stärker investierendes Europa ist ein Europa für mehr Wohlstand und ein Europa für mehr Arbeitsplätze. Investitionen sind der beste Verbündete von Arbeitslosen. Wir müssen parallel dazu die Jugendgarantie ausbauen. Ich hätte gerne, dass wir die Altersgrenze schrittweise von 25 auf 30 Jahre erhöhen. Investitionen sind nur dann zielorientiert zu gestalten, wenn wir in Sachen Bürokratieabbau von der Stelle kommen, vor allem bezüglich der kleinen und Mittelunternehmen.

Mittelständler sind keine Großkapitalisten. Mittelständler arbeiten hart, Mittelständler schaffen Arbeitsplätze. Wir müssen mehr für den Mittelstand tun, vor allem über den Weg des resoluten Abbaus bürokratischer Überregulierung. Wir müssen ernst machen mit der Anwendung des Prinzips der Subsidiarität. Seit dem Maastrichter Vertrag reden wir über die korrekte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Wir tun es aber mangelhaft. Unsere Reden dauern länger als die Anstrengung, die wir leisten, um in Sachen Bürokratieabbau von der Stelle zu kommen und dafür Sorge zu tragen, dass die Europäische Kommission – und die Europäische Union – anstatt sich in alle Details, Winkel und Ecken der Menschen einzumischen, sich um die wirklich großen europäischen Probleme kümmert. Nicht jedes Problem, das es in Europa gibt, darf zum Problem der Europäischen Union werden. Wir müssen uns um die großen Sachen kümmern.

All dies, Herr Präsident, muss natürlich stabilitätspaktkonform in die Wege geleitet werden. Wir werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt in seinen Grundzügen nicht verändern. Dies hat der Europäische Rat festgestellt. Ich werde mich in den nächsten Jahren an diese Maßgabe halten.

Stabilität wurde bei der Einführung der gemeinsamen Währung versprochen. Stabilität ist nicht nur ein Eintrittsgebot, sondern Stabilität ist ein dauerhaftes Gebot. Stabilität wurde versprochen. Europa darf seine Versprechen nicht brechen. Ich werde sie nicht brechen.

Aber der Europäische Rat hat zu Recht festgestellt, dass wir die Flexibilitätsmargen, die der 2005 und 2011 reformierte Stabilitätspakt enthält, auch nutzen, um die Dimension Wachstum des Stabilitäts- und Wachstumspaktes voll zur Geltung zu bringen. Das haben wir in der Vergangenheit auch getan; und das werden wir in Zukunft verstärkt tun. Wobei es mir schon auf die Feststellung ankommt, dass das, was wir in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht und geleistet haben, nicht unterschätzt werden soll. Ich war Vorsitzender der Eurogruppe und bin froh, es nicht mehr zu sein. Eine vergnügungssteuerpflichtige Angelegenheit war dies wirklich nicht. Ob die Aufgabe, für die ich mich heute bewerbe, angenehmer werden wird, wage ich im Übrigen zu bezweifeln. Aber wir haben während der Eurokrise – die keine Eurokrise, sondern eine Schuldenkrise war – ein brennendes Flugzeug im Flug reparieren müssen. Das war nicht einfach, entspricht nicht allen Anforderungen hoher Staatskunst und den Geboten ausgefeilter, politischen Ästhetik, aber wir haben es geschafft, dass die Eurozone als Ganzes erhalten blieb.

Vor etwas mehr als einem Jahr haben Spekulanten aller Provenienz darauf gewettet, dass die Eurozone in sich selbst zusammenfallen würde. Sie ist es nicht. Es wurden an vielen Finanzplätzen Wetten abgeschlossen, dass Griechenland aus der Eurozone ausscheiden würde.

Ich habe alles getan und bin stolz darauf, dass Griechenland, dieses tüchtige Volk, diese große Nation, immer noch Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist.

Aber wir haben auch Fehler gemacht. Ein brennendes Flugzeug im Flug zu reparieren, ist keine einfache Sache; da verbrennt man sich schon von Zeit zu Zeit die Finger.

Ich hätte gerne, dass, wenn es in Zukunft noch zu Anpassungsprogrammen kommen sollte – ich sehe übrigens keine Notwendigkeit, dass es in den nächsten Jahren dazu käme –, bevor ein Anpassungsprogramm zur Anwendung kommt, eine sehr minutiöse soziale Impactstudie gemacht wird. Ich wüsste gerne, wie sich Anpassungsprogramme im Leben der Menschen auswirken.

Es wird in Zukunft keine Anpassungsprogramme ohne vorgeschaltete Analyse sozialer Impakte geben können.

Ich hätte gerne, dass uns jedes Mal, wenn Anpassungsprogramme anstehen, ein Plan B vorliegt. Ein Plan B, auf den wir uns beziehen können, wenn die makroökonomischen Voraussagen nicht stimmen. Wenn es weniger Wachstum in einem Land gibt, als die Grundlage eines Anpassungsprogramms es verlangt, dann muss man das Anpassungsprogramm anpassen können. Deshalb bin ich für die parallele Aufstellung eines Plans B.

Ich hätte gerne, dass wir über das Instrument der Troika neu nachdenken.

Das Parlament hat in einschlägigen Berichten dargelegt, dass es der Troika, so wie sie jetzt funktioniert, an demokratischer Substanz fehlt. Es fehlt ihr an demokratischer Substanz; es fehlt ihr eine parlamentarische Dimension. Wir müssen die Troika neu ausrichten, sie demokratischer, parlamentarischer und politischer machen. Wir werden dies tun.

Wir können nicht Geld ausgeben, das wir nicht haben. Wir müssen Defizite und Schulden durch Ideen ersetzen. Die Ideen sind da: Wir müssen die Möglichkeiten der digitalen Technologien, die keine Grenzen kennen, besser nutzen. Wir müssen die bestehenden nationalen Silostrukturen in der Telekommunikationsregulierung, im Urheberrecht und im Datenschutz aufbrechen. Wir müssen die nationalen Silostrukturen bei der Verwaltung von Funkfrequenzen aufbrechen. Wir müssen diese Schranken, diese Wachstumshürden niederreißen. Roaminggebühren innerhalb Europas müssen und werden verschwinden. Mit einem echten digitalen Binnenmarkt könnten wir in Europa zusätzliches Wachstum in Höhe von 250 Mrd. EUR erzielen. Und das werden wir.

Wir brauchen – das wurde angesichts der Ukraine-Krise häufig genug betont – eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik. Wir müssen die Energiepolitik Europas neu strukturieren und eine neue europäische Energieunion schaffen. Wir müssen Ressourcen bündeln, Infrastrukturen kombinieren und unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken. Wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren und die hohe Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten verringern.

Ich möchte, dass die Europäische Union weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien wird. Wir werden wesentlich dazu beitragen, die Energieeffizienz insbesondere bei Gebäuden über das 2020-Ziel hinaus zu verbessern. Ein verbindliches Ziel für die Energieeffizienz von 30 % bis 2030 ist für mich das Minimum, wenn wir glaubwürdig und zukunftsorientiert bleiben wollen. Wir können nicht behaupten, in der Klimaschutzpolitik führend zu sein, wenn wir bei der Energieeffizienz nicht glaubwürdiger werden.

Der Binnenmarkt muss vollendet werden. Wenn uns dies gelingt, wird der europäischen Wirtschaft daraus ein zusätzlicher Mehrwert von 200 Mrd. EUR entstehen. Wir müssen das schaffen.

Wir müssen die neuen europäischen Bankenvorschriften durch eine Kapitalmarktunion vervollständigen. Um die Finanzierung unserer Wirtschaft zu verbessern, sollten wir die Entwicklung und Integration der Kapitalmärkte weiter vorantreiben. Dies würde die Kapitalbeschaffung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen verbilligen.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählt seit jeher zu den wichtigsten Säulen des Binnenmarkts. Diesen Grundsatz werde ich verteidigen.

Freizügigkeit ist keine Bedrohung, sondern eine Chance. Die Vorschriften werden nicht geändert. Es ist Sache der nationalen Behörden, gegen Missbrauch und Leistungsbetrug vorzugehen. Ich werde eine gezielte Überprüfung der Entsenderichtlinie und ihrer Umsetzung auf den Weg bringen. Wir müssen und werden Sozialdumping bekämpfen.

Ich werde Steuerumgehung und Steuerbetrug bekämpfen. Ich bin für die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und einer Finanztransaktionssteuer. Wir müssen und werden Geldwäsche bekämpfen.

Was die Wirtschafts- und Währungsunion anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, dass wir die Krise noch nicht überstanden haben.

Die Krise ist nicht vorbei.

Solange 25 Millionen Menschen ohne Arbeit sind, stecken wir noch in der Krise. Wir werden sie erst dann hinter uns gelassen haben, wenn Vollbeschäftigung herrscht. Dafür müssen wir unsere nationale Wirtschaftspolitik besser abstimmen. Wir brauchen eine gemeinsame Steuerung der Wirtschaftspolitik. Und werden sie auch in die Tat umsetzen. Wir müssen darauf bestehen, dass die so unbedingt erforderlichen Strukturreformen vollzogen werden, da diese mittelfristig zum Wachstum der

europäischen Wirtschaft beitragen können. Wenn die Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion gezielte Anstrengungen unternehmen, müssen wir gleichzeitig darüber nachdenken, mit welchen finanziellen Anreizen wir diesen Prozess begleiten können. Dabei müssen wir auch die Einrichtung einer eigenen Fiskalkapazität für den Euro-Raum in Erwägung ziehen.

Als Union mit einer der stärksten Währungen der Welt können wir es uns nicht leisten, mit so vielen Stimmen zu sprechen, die sich häufig genug auch noch widersprechen. Ich möchte, dass die Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro in den Bretton-Woods-Institutionen durch einen einzigen Sitz, eine einzige Stimme, vertreten werden.

Wenn ich schon bei „Bretton Woods“ bin, dann bin ich auch schon mitten beim Thema USA, und bei dieser Gelegenheit möchte ich kurz einige Worte zum Freihandelsabkommen mit den USA sagen. Ich bin für den Abschluss dieses Abkommens. Ich glaube, dass die beiden größten Wirtschaftsräume, die beiden größten Demokratien der Welt ihre Kräfte sowohl im Interesse der Amerikaner als auch der Europäer vereinen können. Das heißt jedoch nicht, dass das Abkommen um jeden Preis geschlossen wird. Wir können unsere Normen im Gesundheitsbereich nicht aufgeben. Wir können unsere sozialen Normen nicht aufgeben. Und wir können unsere Anforderungen an den Datenschutz nicht aufgeben. Ich möchte nicht, dass der Datenschutz Gegenstand der Verhandlungen mit unseren amerikanischen Freunden wird. Und ich möchte auch nicht, dass wir parallele, geheime Gerichtsbarkeiten schaffen. Die Vereinigten Staaten und Europa sind Rechtsräume, lassen Sie uns also das Recht anwenden.

Wir sollten dafür sorgen, dass die Verhandlungen von maximaler Transparenz geprägt sind. Ich sage Ihnen, wenn wir die Verhandlungsdokumente – und ich meine damit nicht die Papiere zur Verhandlungsstrategie – nicht veröffentlichen, wird das Abkommen scheitern. Es wird nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch vor diesem Hause und vor unseren nationalen Parlamenten scheitern, wenn es zu einem gemischten Abkommen kommen sollte. Wir müssen deshalb transparenter werden. Wir haben nichts zu verbergen. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass wir etwas verbergen wollen. Transparenz sollte das Gebot unserer Verhandlungen sein, und deshalb sollten wir auch die dazugehörigen Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Wir sind gegenüber dem Rest der Welt glaubwürdig, wenn wir auch im Innenverhältnis hohe Maßstäbe in Bezug auf die Grundwerte ansetzen. Ich werde ein Kommissionsmitglied ernennen, das für die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zuständig sein wird. Ich möchte, dass die EU so schnell wie möglich der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates beitrifft.

Die Antidiskriminierungsrichtlinie bleibt auf dem Tisch, und ich werde versuchen, den Rat davon zu überzeugen, diese zumindest in ihren Grundzügen so schnell wie möglich anzunehmen.

Die legale und die illegale Einwanderung sind Themen, von denen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger fast täglich hören. Wir brauchen eine gemeinsame Asylpolitik; dafür werde ich mich einsetzen. Wir müssen uns mit der legalen Einwanderung befassen, denn Europa wird sie in den kommenden fünf Jahren bitter benötigen. Lassen Sie uns dem guten Beispiel der Vereinigten Staaten, Kanadas und Australiens folgen. Das, was diese Staaten seit Jahr und Tag praktizieren, kann auch bei uns klappen.

Sie möchten, dass wir unsere Außengrenzen schützen – das ist Ihnen ein großes Anliegen. Lassen Sie uns also unsere Außengrenzen schützen. Es gilt, gegen die kriminellen Banden vorzugehen, die mit der Not anderer Geld verdienen. Lassen Sie uns jenen, die zu uns kommen wollen, vor Ort helfen, bevor sie in ein Boot steigen, das sie über das Mittelmeer bringen soll. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Solidarität zwischen dem Norden und dem Süden Europas wächst. Die illegale Einwanderung und das Flüchtlingsproblem sind nicht ein Problem Maltas, Zyperns, Italiens oder Griechenlands – es geht ganz Europa an.

Zur Außenpolitik möchte ich keine großen Worte verlieren. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen wir dringend. Mir wäre es recht und ich werde dafür sorgen, dass der oder die Außenbeauftragte nicht mehr von den europäischen Außenministern ausgebremst wird. Eine gemeinsame Außenpolitik braucht auch eine einheitliche Darstellung nach außen.

Der oder die Außenbeauftragte, der/die ein weites Arbeitsfeld sein/ihr eigenes nennen darf, wird von anderen sektoriell zuständigen Kommissaren unterstützt werden.

In Sachen Verteidigung geht es nicht darum, die Europäische Union als Gegenentwurf zur NATO zu etablieren. Beide müssen zusammenarbeiten und zusammen atmen. Im Verteidigungsbereich brauchen wir eine verstärkte Zusammenarbeit, so wie der Lissabonner Vertrag dies auch vorsieht. Wir brauchen vor allem in Sachen Beschaffungswesen mehr Zusammenarbeit, anstatt gegeneinander das zu beschaffen, was wir gemeinsam brauchen.

Es wird in den nächsten fünf Jahren kein neues Mitglied zur Europäischen Union hinzustoßen. Aus heutiger Sicht ist es unvorstellbar, dass eines der Kandidatenländer, mit denen wir verhandeln, die Beitrittskriterien allesamt und im Detail bis zum Jahre 2019 erfüllen können wird. Aber die Verhandlungen werden weitergeführt und andere europäische Nationen und europäische Länder brauchen eine glaubwürdige, ehrlich gemeinte europäische Perspektive. Dies gilt vor allem für die Länder des westlichen Balkans. Diese tragische Region Europas braucht die europäische Perspektive. Ansonsten werden die alten Dämonen wieder wach werden.

Ich wäre gerne etwas ausführlicher darauf eingegangen, wie wichtig es ist, in Europa eine gemeinsame Industriepolitik zu schaffen, damit wir den Anteil der Industrie am europäischen BIP auf 20 % anheben können. Ich wäre gerne ausführlicher auf die Lage in der Ukraine eingegangen, deren Bevölkerung ich hier heute grüße und der

ich heute sagen möchte, dass das ukrainische Volk europäisch ist und seinen Platz in Europa hat.

Ich hätte Ihnen gerne ausführlich dargelegt, warum ich es für notwendig erachte, dass es in allen Ländern der Europäischen Union einen sozialen Mindestlohn und ein garantiertes Mindesteinkommen geben sollte. Wir werden in diesem Sinne handeln.

Ich hätte gerne zu Ihnen über meine Überzeugung gesprochen, dass die Dienstleistungen der Daseinsfürsorge und die öffentlichen Dienstleistungen erhalten bleiben müssen und nicht den Kapriolen einer Epoche zum Opfer fallen dürfen. Wir müssen den öffentlichen Dienst in Europa verteidigen!

Ich hätte gerne über Afrika gesprochen, über das immer wieder von Krisen geplagte und so häufig vergessene Afrika. Aber auch über den afrikanischen Kontinent, der über so viele natürliche Ressourcen verfügt, vor allem aber auch so reich an Humanressourcen ist. Wir dürfen Afrika nicht aus den Augen verlieren, sondern müssen uns dafür einsetzen, dass dieser Skandal, diese Tragödie, dieses tagtägliche Drama endlich ein Ende findet, dass nicht mehr alle sechs Sekunden ein erwachsener Mensch an Hunger stirbt und dass wir nicht mehr jeden Tag 25 000 Kinder wegen Unterernährung verlieren. Solange in Afrika jeden Tag 25 000 Kinder an Hunger sterben, hat Europa seine Arbeit nicht vollbracht. Europa trägt Verantwortung und muss das Rad wenden.

Wir müssen einen neuen Anfang machen und auf jene hören, die sich am 25. Mai mit ihrer Stimmabgabe zu Wort gemeldet haben. Wir sollten nicht alles umstoßen. Aber uns sollten uns zugleich vor Rückschritten hüten. Wenn wir erreichen wollen, dass sich die Europäer noch einmal in ihr Europa verlieben, dann müssen wir ihnen sagen, dass wir stolz auf Europa sind. Wir müssen ihnen sagen, dass wir in den letzten Jahrzehnten viel erreicht haben und dass wir darauf stolz sind.

Wir sagen häufig, dass sich die Frage von Krieg oder Frieden nicht mehr stellt. Dennoch bleibt der wenig tugendhafte Dialog zwischen Krieg und Frieden ein europäisches Thema. Von den Peripherieländern der EU wissen wir, dass der Frieden längst noch nicht fest auf dem europäischen Kontinent verankert ist.

Wir dürfen stolz sein auf die Generation unserer Väter und Mütter, die Generation unserer Großeltern, die nach ihrer Rückkehr aus dem Krieg und aus den Konzentrationslagern für immer gelobt haben: „Nie wieder Krieg!“ – ein politisches Programm, das bis heute Früchte trägt. Wir sind unseren Vätern zu großem Dank verpflichtet.

Wir dürfen stolz darauf sein, dass wir in den 1990er Jahren die EU-Erweiterung vollzogen und damit die europäische Geschichte und Geografie miteinander versöhnt und dem düsteren Dekret der Nachkriegszeit, das eine dauerhafte Zweiteilung Europas wollte, ein Ende gesetzt haben. Mit Überzeugung, und nicht mit Waffen, haben wir die europäische Geographie und die europäische Geschichte zusammengeführt. Ich möchte deshalb heute all jene würdigen, die damals in Mittel- und Osteuropa den Mut gezeigt haben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, sich nicht den Ereignissen auszuliefern, sondern ihre Geschichte selbst zu lenken.

Lassen Sie uns nicht mehr von den alten und den neuen Mitgliedstaaten sprechen. Die EU hat Mitgliedstaaten – keine neuen und keine alten!

Wir sollten stolz auf unsere einheitliche Währung sein. Diese einheitliche Währung spaltet Europa nicht, sondern sie schützt Europa.

Ich war zwanzig Jahre lang luxemburgischer Finanzminister. Alle sechs Monate bin ich nach Brüssel gereist, um Währungsangleichungen abzusprechen. Alle sechs Monate habe ich „live und in Farbe“ erlebt, wie sehr der Währungswirrwarr die europäische Wirtschaft in Gefahr bringen konnte. Viel zu häufig musste ich erleben, wie ein Staat seine Würde verlor, weil er sich gezwungen sah, seine Währung abzuwerten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Ich erinnere mich nur sehr ungern an die bitteren Szenen, als Staaten den Außenwert ihrer Währung erhöhen mussten, dies aber eigentlich nicht wollten, weil sie Angst hatten, Märkte zu verlieren, oder als Staaten, die eigentlich eine Währungsabwertung hätten vornehmen müssen, dies nicht gewagt haben, weil sie gewaltige Störungen und eine ungeordnete Rückkehr der Inflation befürchteten.

Wenn wir an dem Europäischen Währungssystem festgehalten hätten, dann befände sich Europa heute aufgrund der Ereignisse in der Ukraine und der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Europa überrollt und Europa zum Epizentrum weltweiter Bemühungen zur Überwindung der Krise gemacht hat, in einem Währungskrieg. Frankreich gegen Deutschland, Deutschland gegen Italien, Italien gegen Portugal und Spanien gegen alle. Der Euro, die damit einhergehende Disziplin und die damit verbundenen Ambitionen sind die Grundlage für eine Währungsordnung, die uns schützt. Der Euro schützt Europa.

Deshalb wollte Griechenland den Euro-Währungsraum nicht verlassen. Und deshalb wollten wir nicht, dass Griechenland aus der Euro-Zone ausscheidet.

Wo stünden wir heute, wenn wir nicht das gemacht hätten, was wir in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt haben, wenn wir Europa nicht zu einem Kontinent des Friedens zusammengeschweißt hätten, wenn wir die europäische Geschichte und die europäische Geografie nicht miteinander versöhnt hätten, wenn wir nicht eine einheitliche Währung eingeführt hätten und wenn wir Europa nicht zu dem größten Binnenmarkt der Welt aufgebaut hätten? Wir hätten kein Ansehen, wir wären entwaffnet, wir wären geschwächt, wir wären hilflos. Dank des Einsatzes und der Überzeugung unserer Vorgänger ist Europa heute ein Kontinent, wo die Menschen in Frieden und relativem Wohlstand leben können.

Ich will allerdings kein Europa, das sich mit dem begnügt, was es bisher geleistet hat. Ich will kein Europa, das zusieht, was die anderen machen, wie sie handeln und voranschreiten. Ich möchte ein Europa, das sich mitten im Geschehen befindet, ein Europa, das nach vorne spielt, ein Europa, das gewinnt, das gut verteidigt und ein Vorbild für andere ist. Hierbei sollten wir uns leiten lassen von den Grundsätzen und Überzeugungen, die uns die großen Europäer, die damals gehandelt haben, als wir bei null anfangen mussten, als Erbe hinterlassen haben. Besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang Jacques Delors, einem der großen Präsidenten der Kommission. Ich bin ganz sicher kein zweiter Delors, aber er ist mein Freund und

mein Vorbild, sein Werk wird mich jeden Tag aufs Neue inspirieren. Ausdrücklich genannt sei heute auch François Mitterrand, der einst sagte, dass Nationalismus zu Krieg führt. Mitterrand hatte Recht.

Und ich möchte an dieser Stelle Helmut Kohl würdigen; er ist für mich der größte Europäer, den ich im Laufe meines Lebens kennenlernen durfte.

Wir sollten dem Vorbild dieser großen Europäer folgen: Sie hatten Geduld, Mut und ein klares Ziel vor Augen. Lassen Sie uns genauso mutig, entschlossen und geduldig sein. Wir brauchen Mut, Geduld und Entschlossenheit, um den vor uns liegenden langen Weg zu bewältigen und unsere ehrgeizigen Ziele zu erreichen.

Gemeinsam können wir Großes erreichen – für Europa, für Europas Bürgerinnen und Bürger, für die Welt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Jean-Claude Juncker

Gewählter Präsident
der Europäischen Kommission

**Wieder Bewegung in die
europäische Politik bringen:
Kernaussagen der Rede des gewählten
Kommissionspräsidenten Juncker vor dem
Europäischen Parlament**

Erklärung in der Plenarsitzung des Europäischen
Parlaments vor der Abstimmung über die neue
Europäische Kommission

Straßburg, den 22. Oktober 2014

Wieder Bewegung in die europäische Politik bringen: Kernaussagen der Rede des gewählten Kommissionspräsidenten Juncker vor dem Europäischen Parlament

Erklärung in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vor
der Abstimmung über die neue Europäische Kommission

Zeit zum Handeln

„Ob in der Ukraine, in Syrien, im Nahen Osten oder in Nordafrika, in unserer Nachbarschaft bleibt die Lage unsicher und instabil. Die Ströme von Einwanderern, die in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft nach Europa drängen, führen uns vor Augen, dass wir das Streben nach Solidarität mit der Forderung nach sicheren Grenzen in Einklang bringen müssen. Und grenzübergreifende, gesundheitsbedrohende Epidemien wie Ebola haben bei den Bürgern verständlicherweise eine gewisse Angst hervorgerufen.“

Diese wachsenden Probleme können und wollen wir nicht unter den Teppich kehren. Wir können und werden nicht die Augen vor ihnen verschließen. In Europa ist jetzt die Zeit zum Handeln gekommen. Die Probleme Europas können nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Statische Strukturen aufbrechen

„Als ich am 10. September mein neues Team vorgestellt habe, wollte ich beweisen, dass wir in der Lage sind schnell und effektiv Ergebnisse zu liefern. Genau deshalb wird es in der neuen Kommission eine neue Struktur und eine neue Arbeitsweise geben. Die Kommission ist ein Team und weitaus mehr als nur die Summe ihrer Bestandteile. Die Kommission funktioniert als Kollegium, statt von Schubladendenken, Clustern oder abgegrenzten Portfolios geprägt zu sein. Ich will eine politische Kommission, die dem Gemeinwohl und den Bürgern Europas zu Diensten steht.“

Bedenken ausräumen

„Die Anhörungen haben einen breiten Konsens über das von mir vorgeschlagene Team zum Ausdruck gebracht. Während der Anhörungen und im Gespräch mit mir haben Sie jedoch auch eine Reihe von Bedenken geäußert. Ich bin bereit, rasch auf die von Ihnen als relevant für das Funktionieren der neuen Kommission betrachteten Aspekte einzugehen.“

Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört und will kurz erläutern, wie ich Ihre Bedenken in folgenden Punkten ausräumen will:

1. Die neue slowenische Kommissarin Violeta Bulc bestand ihre Anhörung in Rekordzeit. Ermöglicht wurde dies durch die umgehend vorgenommenen Ressortänderungen. Violeta wird das **Verkehrsressort** übernehmen, während Maroš Šefčovič, ein erfahrenes Mitglied der scheidenden Kommission, als Vizepräsident für die **Energieunion** zuständig sein wird.

2. Ich habe ferner beschlossen, den Zuständigkeitsbereich von Frans Timmermans auszuweiten und ihm auch horizontal die Verantwortung für **nachhaltige Entwicklung** zu übertragen. Wie Sie wissen, ist die nachhaltige Entwicklung ein in den europäischen Verträgen verankerter Grundsatz (Artikel 3 EUV) und sollte damit von allen Organen bei all ihren Maßnahmen und Politiken berücksichtigt werden. Sie ist ebenfalls Teil der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, für die Frans die horizontale Zuständigkeit besitzt. Nachhaltigkeit und ökologische Belange sind unseren Bürgerinnen und Bürgern wichtig. Mit großen grünen Ressorts, die über hohe Budgets und knallharte Regulierungskompetenzen verfügen, besitzt die neue Kommission die Instrumente, um sich ihrer anzunehmen.

3. Die Verantwortung für **Arzneimittel und pharmazeutische Erzeugnisse** wird bei der Generaldirektion Gesundheit bleiben, denn ich teile Ihre Auffassung, dass Arzneimittel keine Produkte wie alle anderen sind. Die dazugehörige Politik wird gemeinsam von Vytenis Andriukaitis und Elżbieta Bieńkowska gestaltet, die in ihrer Anhörung ihre unglaublichen Talente unter Beweis gestellt hat.

4. Die **Weltraumpolitik** kann erheblich zur Weiterentwicklung einer starken industriellen Basis in Europa beitragen – eine der Prioritäten der von mir geführten Kommission. Aus diesem Grund habe ich beschlossen, dass sie im Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion Binnenmarkt und Industrie und damit in den sicheren Händen von Elżbieta Bieńkowska ist.

5. Zuguterletzt habe ich beschlossen, den Bereich **Bürgerschaft** Dimitris Avramopoulos anzuvertrauen, der für Migration und Inneres und damit für einen den europäischen Bürgern sehr am Herzen liegenden Bereich zuständig sein und in diesem Bereich, eng mit der für Justiz und Verbraucher zuständigen Kommissarin Vera Jourova zusammenarbeiten wird. Gleichzeitig möchte ich Tibor Navracsics nochmals mein Vertrauen aussprechen – er hat bei seiner Anhörung einen hervorragenden Eindruck hinterlassen und sein starkes Engagement für Europa unter Beweis gestellt, weswegen Sie ihn als designiertes Kommissionsmitglied für geeignet hielten."

Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten

Um das Thema der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat (ISDS) im Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), über das wir gerade verhandeln, sind intensive Debatten entbrannt. Lassen Sie mich noch einmal in aller Deutlichkeit wiederholen, was ich vor diesem hohen Hause bereits am 15. Juli ausgeführt und auch in meinen politischen Leitlinien zum Ausdruck gebracht habe: Meine Kommission wird nicht akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten.

Im Verhandlungsmandat werden eine Reihe von Bedingungen festgelegt, die von einer solchen Regelung erfüllt werden müssen. Außerdem sehen sie eine Bewertung des Rechtsverhältnisses gegenüber der innerstaatlichen Rechtsprechung vor. Das Verhandlungsmandat verpflichtet uns somit nicht zur Vereinbarung einer solchen Regelung, sondern lässt diesen Punkt offen und gibt Leitlinien vor.

Ich hatte geglaubt, meine Haltung zu diesem Punkt bereits deutlich gemacht zu haben, stelle Sie aber gerne heute noch einmal klar, weil mich mehrere Mitglieder

dieses Hauses darum gebeten haben: In dem Abkommen, das meine Kommission diesem Hause am Ende der Verhandlungen vorlegen wird, wird nichts den Zugang zur innerstaatlichen Rechtsprechung einschränken oder Geheimgerichten das letzte Wort bei Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten einräumen.

Ich habe Frans Timmermans als den für Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta verantwortlichen Ersten Vizepräsidenten gebeten, in dieser Sache beratend mitzuwirken. **Ohne die Zustimmung von Frans wird es im TTIP keine Investorenschutzklausel geben.**

Ich bin zuversichtlich, dass wir – mit Ihrer Unterstützung – ein ambitioniertes Handelsabkommen mit den USA entsprechend diesen Richtlinien aushandeln können, in dem die europäischen Interessen und das Rechtsstaatsprinzip uneingeschränkt gewahrt werden.

Schließung der Investitionslücke

„Ich möchte an dieser Stelle noch einmal klar und deutlich wiederholen: Meine Kommission wird alle Mitgliedstaaten gleich behandeln, wie auch schon alle Kommissionen vor ihr. Und wir werden hart bleiben, wenn dies geboten ist. **Es ist Zeit für einen neuen Pakt, eine große Koalition aus Ländern und den großen politischen Parteien, um gemeinsam an einer Drei-Säulen-Struktur zu arbeiten: Strukturreformen, finanzpolitische Glaubwürdigkeit und Investitionen.**“

Den gegenwärtigen wirtschaftlichen Herausforderungen können wir nicht mit einer von oben verordneten Politik begegnen. Ich glaube nicht an Wunder – es gibt keinen magischen Knopf in Brüssel, auf den wir bloß zu drücken brauchen, und schon ist das Wachstum da. Strukturreformen, finanzpolitische Glaubwürdigkeit und Investitionen müssen auf nationaler und auf EU-Ebene Hand in Hand gehen.“

„Seit ihrem jüngsten Höchststand 2007 sind die Investitionen in der EU um knapp 500 Mrd. EUR bzw. 20 % zurückgegangen. **Wir stehen vor einer Investitionslücke. Diese gilt es zu schließen.**“

Europa kann dazu seinen Beitrag leisten. Wie Sie wissen, plane ich ein ambitioniertes Investitionspaket für Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit mit einem Volumen von 300 Mrd. EUR.

Wie dieses Paket aussehen wird, kann ich Ihnen jetzt natürlich noch nicht in allen Einzelheiten darlegen. Wie sollte ich auch, wenn mein Team noch keine Gelegenheit hatte, gemeinsam über das Paket zu diskutieren?

Deshalb bitte ich Sie um ein wenig Vertrauen. Ich gebe Ihnen mein Wort, dass mein Kollegium Tag und Nacht daran arbeiten wird, sobald es im Amt ist.

Wenn Sie uns heute unterstützen, werden wir das Paket bis Weihnachten vorlegen. Das ist kein loses Versprechen, sondern eine feste Zusage.“

Die ersten gesetzgeberischen Initiativen der Juncker-Kommission

„Jeder Tag, an dem Europa **das große Potenzial seines riesigen digitalen Binnenmarkts nicht nutzt**, ist ein verlorener Tag. Arbeitsplätze, die eigentlich da sein sollten, werden nicht geschaffen. Kreative Ideen – die DNS der europäischen Wirtschaft! – werden nicht in dem eigentlich möglichen Umfang realisiert. Lassen Sie uns gemeinsam eine Wende herbeiführen!“

„In einer Welt mit immer mehr Wettbewerb kann Europa nur gedeihen, wenn **die Energieunion zur Realität wird**.

In den in den kommenden Tagen anstehenden Gesprächen mit den Mitgliedstaaten werde ich auf eine Einigung im Europäischen Rat drängen, damit wir mit einem klaren Mandat nach Paris gehen können. Wir müssen alle am gleichen Strang ziehen, wenn wir Fortschritte erzielen wollen.“

Schlussbemerkungen

„Die Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen, Extremisten von rechts und links gewinnen an Boden, unsere Konkurrenten machen sich Freiheiten zunutze. Es ist an der Zeit, dass wir dem Projekt Europa neues Leben einhauchen.

Große Herausforderungen warten. Es ist an uns, sie beim Schopf zu packen. Wenn wir künftig Einfluss haben wollen, dann müssen wir ihn schon jetzt ausüben. Es ist an uns, die Handschrift des Europäischen Sozialmodells bei allem unserem Tun und Handeln deutlich sichtbar zu machen. Denn Europa ist das Schutzschild für alle, die diesen wunderbaren Kontinent ihre Heimat nennen.

„Ich rufe Sie, die Vertreter dieses hohen Hauses, das Leuchtfeuer der europäischen Demokratie, auf, **wieder Bewegung in die europäische Politik zu bringen**.“

Zeit zum Handeln

Erklärung in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vor der Abstimmung über die neue Kommission

Straßburg, den 22. Oktober 2014

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in meiner Rede vom 15. Juli habe ich Ihnen meine politischen Leitlinien dargelegt, wie es der Vertrag für den designierten Kommissionspräsidenten vorsieht.

Für mich war das keine Pflichtübung. Ich habe Ihnen ein ambitioniertes Programm mit konkreten Projekten und Inhalten vorgelegt.

Die Kommissare, die mein Kollegium bilden werden, falls Sie diese Kommission bestätigen, sind an diese allgemeinen Leitlinien gebunden. Ich verlange von den Kommissaren keinen blinden Gehorsam. Wie ich bereits bei der Vorstellung des Kollegiums in Brüssel gesagt habe: In meinem Alter wird man nicht mehr zum Diktator. Ich möchte, dass die Kommissare sich frei fühlen. Der designierte Kommissionspräsident war aufgefordert, sich nach Kräften um eine politische Kommission zu bemühen. Bitte respektieren Sie konsequenterweise, dass die Kommissare eine eigene Meinung haben und diese in die Debatten im Kollegium einbringen. Ich wurde auf der Basis eines Programms zum Kommissionspräsidenten gewählt, das mich gegenüber dem Europäischen Parlament bindet. Ich habe einen Vertrag mit Ihnen, Herr Präsident, und mit dem Europäischen Parlament, und beabsichtige, mich an die dortigen Vorgaben, die ich Ihnen vor einigen Wochen dargelegt habe, zu halten.

Die Kommission, die mit Ihrem Einverständnis am 1. November ihr Amt antreten wird, folgt der Kommission von José Manuel Barroso nach, der zehn Jahre lang an ihrer Spitze gestanden hat. Ihm möchte ich an dieser Stelle meinen Respekt zollen. José Manuel Barroso bekleidete dieses Amt in wirklich schwierigen Zeiten. Die Barroso-Kommission musste die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen bewältigen. Es ist ihr gelungen, dreizehn neue Mitgliedstaaten in das mannigfaltige Geflecht der Gemeinschaft zu integrieren. José Manuel Barroso hat gute Arbeit geleistet und wurde meines Erachtens oft zu hart kritisiert. Herr Barroso hat sich um Europa verdient gemacht, und ich möchte ihm für seinen außergewöhnlichen Einsatz danken.

Im Juli hatte ich Ihnen versprochen, eine politische Kommission zusammenzustellen. Ich hatte eine politische, ja eine hochgradig politische Kommission angekündigt. Damit wollte ich einem „ökumenischen“ Anliegen entsprechen, das viele Mitglieder dieses Hauses übereinstimmend geäußert hatten. Die Kommission ist kein Konglomerat anonymer hoher Beamter. Die Generaldirektoren, allesamt sehr kompetente Persönlichkeiten, müssen den Kommissaren Folge leisten und nicht umgekehrt.

Ich habe mich daher nach Kräften darum bemüht, gemeinsam mit den Regierungen politische „Schwergewichte“ für die Kommission zu gewinnen.

Die Männer und Frauen, die meiner Kommission angehören werden, waren in ihren Herkunftsländern mit wichtigen Ämtern mit großer Verantwortung betraut. Zu ihr zählen vier ehemalige Premierminister, neunzehn ehemalige Minister, drei ehemalige Außenminister, mehrere ehemalige Finanzminister, sieben Mitglieder der aus dem Amt scheidenden Kommission und acht ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments. Darin spiegelt sich der starke politische Anspruch der Kommission wider.

Ich hatte Ihnen eine politischere Kommission versprochen. Ihre Zusammensetzung macht deutlich, dass sie politischer sein wird als ihre Vorgängerinnen. Ich hatte Ihnen im Juli auch eine effizientere Kommission versprochen. Dieses Ansinnen wurde ebenfalls von den meisten Mitgliedern dieses Hauses geteilt. Deshalb habe ich mich für einen Umbau der Kommissionsarchitektur entschieden. Ich habe - und das ist ein Novum - in der Person von Frans Timmermans einen Ersten Vizepräsidenten ernannt, dem an dieser Stelle mein besonderer Gruß gilt.

Ich habe mich für Frans entschieden, weil ich ihn seit ewigen Zeiten kenne. Damit möchte ich der Kommission auch jene politische Ausgewogenheit geben, die sich in ihrer Zusammenstellung nur unzureichend widerspiegelt. Ich habe in den meisten europäischen Zeitungen gelesen, dass Frans Timmermans meine rechte Hand sein wird. Ich hoffe, dass er von Zeit zu Zeit auch meine linke Hand sein wird, aber das wird nicht ganz so einfach.

Ich habe mehrere Vizepräsidenten ernannt. Zum einen die Hohe Vertreterin, so wie es der Vertrag vorsieht. Ich wollte auch die Haushaltskommissarin zur Vizepräsidentin ernennen, da die Ausarbeitung und Ausführung des Haushaltsplans naturgemäß horizontale Aufgaben sind. Dann kam mir der Gedanke, den ehemaligen Premierministern eine Koordinierungsfunktion im Kollegium anzutragen. Premierminister sind mit dem schwierigen Metier vertraut, die Arbeit anderer zu koordinieren. Manchmal gelingt es ihnen mehr, manchmal weniger, aber auf jeden Fall wissen sie, was es heißt zu koordinieren. Folglich habe ich die ehemaligen Premierminister gebeten, ein Vizepräsidentenamt zu übernehmen. Ich habe Frans Timmermans mit der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips betraut. Das ist eine wichtige Aufgabe. Wir haben den europäischen Wählern und Bürgern versprochen, Europa zu einer ambitionierten, reibungslos funktionierenden Instanz zu machen, die sich um die großen Probleme kümmert und die kleineren Themen beiseitelässt, da sie in den jeweiligen Mitgliedstaaten bzw. Regionen und Kommunen besser aufgehoben sind. Herr Timmermans wird über die Grundsätze der besseren Rechtsetzung wachen. Eine immense Arbeit, von der alle Kommissionsmitglieder betroffen sind, da sie alle an der Sanierung der Europäischen Union und ihrer Reflexe und politischen Verhaltensweisen mitwirken müssen. Ich werde Frans Timmermans auch die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung übertragen, ein wichtiges, ambitioniertes, weit in die Zukunft weisendes Projekt, das man auch im Alltag stets vor Augen haben muss. Dem Vorschlag Ihres Umweltausschusses, die Zuständigkeit für die nachhaltige Entwicklung dem für Wachstum und Investitionen verantwortlichen Vizepräsidenten zu übertragen, konnte ich nicht folgen. Ich habe statt dessen Frans Timmermans gebeten, sich dieses besonders wichtigen Aspekts

unseres gemeinsamen Tuns anzunehmen, da das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung ja bereits in der Grundrechtecharta, deren Befolgung einen guten Teil der Arbeit von Herrn Timmermans ausmachen wird, und in Artikel 3 des Vertrags verankert ist.

Die von mir ausgewählten Vizepräsidenten werden sich den Prioritäten der Kommission widmen, die ich Ihnen im Juli dieses Jahres dargelegt habe. Ein Vizepräsident wird für die Energieunion mit all ihren Aspekten einschließlich der erneuerbaren und alternativen Energien zuständig sein. Ein Vizepräsident wird für Wachstum und Investitionen verantwortlich zeichnen. Ein Vizepräsident wird mit dem digitalen Binnenmarkt betraut, und ein Vizepräsident trägt Verantwortung für den Euro und den sozialen Dialog. Es ist nicht ihre Aufgabe, den anderen Kommissaren alles bis ins letzte Detail vorzuschreiben. Alle Mitglieder der Kommission sind gleichberechtigt. Die Vizepräsidenten sind Projektleiter, Koordinatoren, Animateure, sie vereinen und organisieren Ideen und Initiativen. Ich habe während der Anhörungen im Parlament und im seriösen Teil der veröffentlichten öffentlichen Meinung viele Zweifel und Fragen in Bezug auf diese unbekanntes Wesen vernommen, jene Vizepräsidenten, die die Arbeit innerhalb der Kommission koordinieren sollen. Dies hat mich ziemlich überrascht. Von allen Seiten hatte es geheißen, die Kommission solle effizienter arbeiten. Alle, oder fast alle, hatten darüber geklagt, dass das Kollegium mit 28 Kommissaren, d.h. einem je Mitgliedstaat, zu üppig besetzt sei. Ich hatte nur die Wahl, die Architektur des Kollegiums zu verändern oder die Zuständigkeitsbereiche so zu zerstückeln, dass sie unter 28 Kommissaren aufgeteilt werden konnten. Eigentlich ist die Sache ganz einfach: Entweder wollen Sie 28 Kommissare, die jeder für sich in ihrem Elfenbeinturm ihren Mini-Zuständigkeitsbereich verwalten, der bei der Aufteilung der Kommissionskompetenzen für sie abgefallen ist, oder Kommissare, die sich unter der wohlwollenden Federführung der Vizepräsidenten entfalten können, die ihre Arbeit koordinieren. Wenn sie eine Kommission wie bisher gewollt hätten, hätten Sie mir das sagen sollen. Wenn sie aber eine effizientere Kommission wollen, eine, die sich um die großen Aufgaben Europas kümmert, sie organisiert, sie strukturiert, dann bleibt keine andere Wahl, als eine bestimmte Anzahl an Vizepräsidenten mit der Umsetzung der großen politischen Prioritäten der Kommission zu betrauen.

Ich nenne zwei Beispiele: es gibt einen Vizepräsidenten für den Euro und den sozialen Dialog. Daneben gibt es einen Kommissar für Wirtschaft, Finanzangelegenheiten und Steuern und eine andere Kommissarin für Soziales. Und dann gibt es das Europäische Semester. Es ist offensichtlich, dass der zuständige Vizepräsident die Initiativen der Kommissarin für Soziales und des Kommissars für Wirtschaft und Finanzen koordinieren muss. Im Europäischen Semester geht es nicht nur um Wirtschaft und Finanzen. Im Europäischen Semester, in den länderspezifischen Empfehlungen, die die Kommission vorlegen wird, dürfen die sozialen Aspekte der wirtschaftlichen und monetären Architektur Europas nicht fehlen.

Es wird viel über das „Triple-A“ debattiert. Alle wollen ein „Triple-A“. Tatsächlich gibt es im Euro-Währungsgebiet aber nur noch zwei Länder, die mit „Triple-A“ benotet werden: Deutschland und Luxemburg. Deutschland hat gute Chancen, seine Bonität zu halten. Im Falle Luxemburgs werden wir sehen. Ich aber möchte, dass die Europäische Union ein anderes „Triple-A“ anstrebt und erreicht. Ich möchte ein

Europa mit einem sozialen „Triple-A“. Ein soziales „Triple-A“ ist genauso wichtig wie ein wirtschaftliches und finanzielles „Triple-A“.

Wir werden einen Vizepräsidenten für Wachstum und Investitionen haben. Er wird die Arbeit aller Kommissare koordinieren, die zur Wachstums- und Investitionspolitik beitragen: der Kommissarin für Verkehr, des Kommissars für die digitale Wirtschaft, auch hier des Kommissars für Wirtschaft, Finanzen und Steuern, der Kommissarin für Soziales und Beschäftigung, des für die Kapitalmarktunion zuständigen Kommissars, der Kommissarin für den Binnenmarkt und so weiter und sofort.

Wenn wir den Europäern, und folglich an erster Stelle dem Parlament, ein ehrgeiziges Investitionspaket vorlegen wollen, muss das ja jemand organisieren. Und da es mehrere Zuständigkeitsbereiche zu verbinden gilt, und mehrere Kommissare mit ihrer Politik auf einen gemeinsamen Nenner kommen müssen, braucht es ganz offensichtlich einen Vizepräsidenten, der die Arbeiten koordiniert. Ich möchte statische Strukturen aufbrechen, ich möchte die Grenzen zwischen den Ressorts fließender machen, ich möchte das in der Kommission weit verbreitete Schubladendenken abschaffen.

Ich darf auf einen Aspekt aufmerksam machen, der praktisch bislang noch in keinem Kommentar angesprochen wurde: der große Verlierer dieser neuen Architektur bin ich ... aus dem einfachen Grunde, weil ich einen guten Teil meiner Vorrechte als Präsident an die Vizepräsidenten delegiert habe. Es geht nicht, Vizepräsidenten für Projekte einzuführen und dann als Präsident die Kommission so zu leiten wie bisher. Wenn ein Punkt auf die Tagesordnung der Kommission genommen werden soll, möchte ich, dass der für die Koordinierung der betreffenden Politik verantwortliche Vizepräsident dem zuvor zugestimmt hat. Selbstverständlich kann der, der bestimmte Vorrechte delegiert, diese erforderlichenfalls – das ist nicht als Drohung gemeint – auch wieder zurücknehmen. Im Übrigen übernehmen die Vizepräsidenten Aufgaben, die bislang dem Präsidenten der Kommission vorbehalten waren.

Ich hatte Ihnen im Juli versprochen, darauf zu achten, dass der Kommission eine ausreichende Anzahl Frauen angehören. Wir haben neun weibliche Kommissionsmitglieder, d.h. genauso viele wie die Barroso-Kommission. Ich musste viel Mühe aufwenden, die nationalen Regierungen davon zu überzeugen, mir neun weibliche Mitglieder vorzuschlagen. Ende Juli, zwei Wochen nach meiner Rede in diesem Haus, hatten drei Regierungen weibliche Kommissare designiert. Ich habe einige Regierungen überzeugen müssen, eine Frau zu benennen, und einige männliche Kandidaten zurückweisen müssen. Ich werde Ihnen nicht sagen, welche, da ich nicht jene Regierungschefs bloßstellen möchte, die ich davon überzeugen konnte, mir eine Frau als Kommissarin vorzuschlagen. Aber Hand aufs Herz: neun Frauen unter 28 Kommissaren, das ist immer noch lächerlich wenig.

Da wir alle, Sie wie ich, im Prinzip nationalen politischen Parteien angehören und im Prinzip alle unsere Regierungschefs kennen, schlage ich Ihnen vor, ab morgen früh damit anzufangen, die nationalen Regierungen für diese Frage zu sensibilisieren. Und ich geniere mich ein wenig, Ihnen diesen Rat zu erteilen, da auch mein Land, Luxemburg, keine Frau benannt hat. Aber vermutlich wird es das nächste Mal wieder so sein; immerhin hat Frau Reding fünfzehn Jahre lang der Kommission angehört.

Ich hatte Ihnen, liebe Mitglieder des Europäischen Parlaments, während unserer Debatte im Juli angekündigt, bei den Anhörungen genau zuzuhören. Wie könnte es auch anders sein? Ich habe die insgesamt 29 Anhörungen im Parlament mit – zugegebenermaßen unterschiedlichem – Interesse verfolgt. Ich hatte im Juli gesagt, dass die Kommission nicht das Generalsekretariat des Europäischen Rates oder des Ministerrates sein wird, und dass ich nicht der Gehilfe des Parlaments sein werde. Ich habe also Ihren Ausführungen zugehört und es für richtig gehalten, aus den Anhörungen eine Reihe von Konsequenzen zu ziehen. Die von Slowenien vorgeschlagene Kommissarin musste durch eine andere slowenische Kommissarin ersetzt werden. Ich habe entschieden, ihr das wichtige Verkehrsressort zu übertragen. Da ich nicht die grundsätzliche Architektur der Kommission in Frage stellen wollte, habe ich Herrn Šefčovič mit der Energieunion betraut, da er bereits in den vergangenen Jahren als Vizepräsident fungiert hat und daher eine Vorstellung von der ihm anvertrauten Koordinierungsaufgabe hat. Ich habe ja bereits erwähnt, dass ich meinem Freund Frans Timmermans vorgeschlagen habe, sein Ressort um alle mit der nachhaltigen Entwicklung zusammenhängenden Politikbereiche zu erweitern. Ich habe auch mit großer Aufmerksamkeit jenen zugehört, die sich darüber beklagt haben, dass ich die Zuständigkeit für Arzneimittel und pharmazeutische Erzeugnisse dem Gesundheitsressort entzogen und dem Binnenmarktersort angegliedert hatte. Ich glaube keineswegs – und wer mich kennt, weiß das auch genau – dass Arzneimittel, Gesundheitsprodukte und die medizinische Tätigkeit selbst eine Ware wie jede andere sind. Gesundheit ist keine Ware. Ich war daher der Aufforderung, wieder Ordnung in die Kompetenzverteilung zu bringen - einer Aufforderung, die während der Anhörungen im Parlament geäußert und auch von einem Großteil der Gesundheitsberufe aufgegriffen wurde - gegenüber aufgeschlossen und habe daraufhin entschieden, diese Zuständigkeit wieder dem für Gesundheit verantwortlichen Kommissionsmitglied zu übertragen.

Die Weltraumpolitik ist in meinen Augen ein vielversprechendes Ressort. Ich habe es für sinnvoller gehalten, der Binnenmarkt-Kommissarin die Weltraumpolitik anzuvertrauen, wie dies auch in den vorhergehenden Kommissionen der Fall war. Dann die Debatten über die Bürgerschaftsproblematik: ich habe festgestellt, dass aus einer ganzen Reihe von Beiträgen eine gewisse Malaise herauszuhören war. Deshalb habe ich mich dafür entschieden, das Dossier der Bürgerschaft dem für Migration und Inneres zuständigen Kommissar zu übertragen, der sich diese Zuständigkeit selbstverständlich mit der Justizkommissarin teilt. Dem Ressort von Herrn Navracsics wurde der Sport hinzugefügt.

Auch habe ich die heftigen Debatten zur Kenntnis genommen, die bei den derzeitigen Verhandlungen zum Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zum Thema Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat entbrannt sind. Lassen Sie mich noch einmal in aller Deutlichkeit wiederholen, Herr Präsident, was ich vor diesem hohen Hause bereits am 15. Juli ausgeführt und auch in meinen politischen Leitlinien zum Ausdruck gebracht habe: Ich werde nicht akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten. Im Verhandlungsmandat werden eine Reihe von Bedingungen festgelegt, die von einer solchen Regelung erfüllt werden müssen. Außerdem sehen sie eine Bewertung des Rechtsverhältnisses gegenüber der innerstaatlichen Rechtsprechung

vor. Das Verhandlungsmandat verpflichtet uns somit nicht zur Vereinbarung einer solchen Regelung, sondern lässt diesen Punkt offen und gibt Leitlinien vor. Ich hatte geglaubt, meine Haltung zu diesem Punkt bereits deutlich gemacht zu haben, stelle Sie aber gerne heute noch einmal klar, weil mich mehrere Mitglieder dieses Hauses darum gebeten haben: In dem Abkommen, das meine Kommission diesem Hause am Ende der Verhandlungen vorlegen wird, wird nichts den Zugang zur innerstaatlichen Rechtsprechung einschränken oder Geheimgerichten das letzte Wort bei Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten einräumen.

Ich habe Frans Timmermans als den für Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta verantwortlichen Ersten Vizepräsidenten erneut gebeten, mir in dieser Sache beratend zur Seite zu stehen. Ohne die Zustimmung von Frans wird es im TTIP keine Investorenschutzklausel geben. Ich bin zuversichtlich, dass wir – mit Ihrer Unterstützung – ein ambitioniertes Handelsabkommen mit den USA entsprechend diesen Richtlinien aushandeln können, in dem die europäischen Interessen und das Rechtsstaatsprinzip uneingeschränkt gewahrt werden. Auch ich bin fest entschlossen, ein Handelsabkommen mit den USA zu schließen, doch habe ich diesem Hause in der Kampagne zugesagt, dabei die europäischen Vorschriften zu achten. Wir müssen mit den Amerikanern verhandeln. Frans wird dieses Abkommen zum Abschluss bringen, doch wollte ich meinen Standpunkt in dieser Sache so klar wie möglich zum Ausdruck bringen.

Herr Präsident, ich rede jetzt in der Sprache des Weltmeisters – obwohl der Weltmeister zurzeit eine erkennbare Formschwäche hat.

Der Präsident denkt, das war eine vorübergehende Schwäche. Auch Deutsche müssen sich daran gewöhnen können, dass Sie dauerhaft schwächer sein könnten.

Ich möchte einige zusätzliche Erklärungen abgeben zu einigen Fragen, die in der Debatte der letzten Woche eine hervorgehobene Rolle gespielt haben.

Ich hatte im Juli versprochen, ich würde ein 300 Milliarden Euro schweres Investitionspaket vorlegen. Investitionen sind lebenswichtig für die europäische Volkswirtschaft und für die Menschen, die in Europa leben und arbeiten. Europa leidet zurzeit an einem starken Investitionsrückgang von über 20% im Schnitt – im direkten Vergleich mit dem Vorkrisenjahr 2007, 36% Investitionsrückgang in Portugal, 64% Investitionsrückgang in Griechenland. Volkswirtschaften, in denen nicht investiert wird, können nicht wachsen. Und Volkswirtschaften die nicht wachsen, können keine Beschäftigung sicherstellen. Dieses Investitionsprogramm liegt mir sehr am Herzen. Ich möchte hier in aller Deutlichkeit sagen, dass alle Versuche, die inzwischen selbstverständlich gestartet wurden, um mich von diesem Vorhaben abzubringen, nicht fruchten werden: ich werde dieses Investitionsprogramm vorlegen.

Dieses Investitionsprogramm kann nicht durch weitere Schulden finanziert werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass durch intelligentes Einbringen öffentlicher Geldmittel, Privatinvestitionen angekurbelt werden. Die Wirtschaft muss wissen, dass auch sie eine Aufgabe in der Gesellschaft zu erfüllen hat. Nicht nur Staaten sind für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuständig, sondern die Wirtschaft ist mitverantwortlich ihren Teil zu leisten. Ich appelliere deshalb an die europäische

Wirtschaft, ihren Teil beizusteuern, damit sich die Lage auf den europäischen Arbeitsmärkten verbessert, und damit es zu einem Investitionsfluss kommt, den wir dringend benötigen, um von der Stelle zu kommen.

Ich werde dieses Investitionsprogramm nicht, wie ursprünglich geplant, in den ersten drei Monaten meines Mandates vorlegen, sondern der zuständige Vizepräsident Jyrki Katainen und ich werden es noch vor Weihnachten vorlegen. Es besteht Eile und wir müssen dieser Forderung so schnell wie möglich gerecht werden.

Dieses Investitionsprogramm wird nicht ein Konjunkturprogramm sein, wie man es in den siebziger Jahren in einigen Mitgliedsstaaten versucht hat, auf den Weg zu bringen. Konjunkturprogramme sind Strohfeuerprogramme. Was wir brauchen, sind zielorientierte Investitionen, die mittelfristig zu mehr Wachstum führen: Investitionen, die die Kraft der europäischen Wirtschaft stärken. Es geht nicht darum einfach Geld in die Hand zu nehmen, um den Eindruck zu erwecken, man täte etwas. Es geht darum, Geld zu mobilisieren, um gemeinsam mit dem Privatsektor mittelfristig die Wachstumskräfte und das Wachstumspotential in der Europäischen Union zu stärken. Das, sage ich auch deshalb, weil die Hauptaufgabe, die vor uns liegt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Und die Bekämpfung der in vielen unserer Mitgliedstaaten skandalös hohen Jugendarbeitslosigkeit braucht, nicht nur, aber, vor allem, die Unterstützung der privaten Wirtschaft.

Im Rahmen dieser Gesamtanstrengungen, müssen wir selbstverständlich auch an der europäischen Digitalagenda und am digitalen Binnenmarkt arbeiten. Mein Kollege Günther Oettinger wird sich um dieses wichtige Sachgebiet kümmern. Allein die Investitionen, die in diesem Bereich getätigt werden müssen, werden einen Wachstumsschub von etwa 250 Milliarden Euro in den nächsten Jahren zur Folge haben. Wir werden dieses Projekt umsetzen.

In den letzten Monaten wurde viel über den Stabilitätspakt moniert und diskutiert – aber wenig nachgedacht. Auch hier möchte ich Klartext sprechen: Ich halte mich an das - und die Europäische Kommission insgesamt auch –, was der Europäische Rat am 27. Juni diesbezüglich gesagt hat: die Regeln werden nicht geändert. Alle 28 Regierungen waren sich im Juni ausnahmslos einig, dass das Regelwerk nicht angetastet wird. Aber das Regelwerk wird sehr wohl mit der gewissen Flexibilität angewandt, die die einschlägigen Vertragstexte und andere Rechtstexte vorsehen. Wir werden tun, wozu der Europäische Rat uns aufgefordert hat; wir werden tun, was ich bereits am 15. Juli vor diesem Haus gesagt habe: Haushaltsdisziplin muss sein, Flexibilität muss sein und Strukturreformen müssen sein. Ohne Strukturreformen, die dauerhaft zu einer Belebung der europäischen Wirtschaft und der europäischen Arbeitsmärkte führen, kann es keine Flexibilität geben.

Aber ich möchte auch einigen Kollegen nahelegen, sich von der Vorstellung zu verabschieden, dass nur eine überzogene Austerität und eine exzessive Sparpolitik automatisch zu einer Wiederbelebung der Wachstumskräfte und der arbeitsmarktpolitischen Impulse führen. Es ist umgekehrt auch nicht so, dass Defizite und hohe Schuldenstände automatisch zu Wachstum führen. Wenn es so wäre, dass hohe Defizite und Schuldenstände zu Wachstum führten, dann müsste Europa wachsen wie noch nie in seiner Geschichte, denn wir hatten noch nie so viele Schulden zu verantworten, wie es heute der Fall ist. Aber zu denken, dass

Haushaltskonsolidierung allein wachstumsfördernd ist, ohne von der notwendigen Flexibilität und den notwendigen Strukturreformen und Investitionen begleitet zu werden, ist ebenso falsch. Wir brauchen deshalb beides: Haushaltsdisziplin und wachstumsorientierte Politik in Verbindung mit Investitionen, damit wir uns, mit der gebotenen Geschwindigkeit, in die Zukunft bewegen können.

Schließlich, meine Damen und Herren, habe ich beobachtet, dass sich zu meinen Ausführungen vom Juli zum Thema Erweiterung viele Fragen ergeben haben. Ich habe einen Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen ernannt. Einige Ihrer Ausschüsse haben angeregt, das Ressort umzubenennen und einen Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung zu ernennen. Ich habe nach eingehenden Debatten, zuerst mit mir selbst und dann mit einigen Freunden, beschlossen, die Bezeichnung „Kommissar für Erweiterungsverhandlungen“ beizubehalten. Es ist nicht meine Art, den Menschen und Völkern etwas vorzugaukeln. Man sollte den Bewerberländern gegenüber nicht den Eindruck erwecken, sie könnten in den kommenden fünf Jahren Mitglied der Europäischen Union werden. Es wird während der Amtszeit dieser Kommission keine neuen Mitglieder geben. Das ist schlichtweg nicht machbar.

Deshalb sollten wir auch keine Märchen erzählen. Lassen Sie uns nicht jene, die auf den Beitritt warten, glauben machen, dass dieser während der kommenden fünf Jahre Realität werden könnte. Natürlich werden wir die Beitrittsverhandlungen mit unverändertem Elan fortsetzen, mit dem gleichen Einsatz und Engagement wie bisher. Ich möchte an dieser Stelle die Länder, die sich um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union bemühen, grüßen und ihnen versichern: Ja, wir werden die Verhandlungen beschleunigen, wenn es notwendig ist, aber es ist nicht realistisch zu glauben, dass sie bis 2019 abgeschlossen werden können.

Schließlich gibt es noch ein anderes Problem, das mir und Ihnen auf den Nägeln brennt, ein wirklicher Skandal. Ich meine die nicht bezahlten Rechnungen der Europäischen Union.

Das Problem ist nicht neu. Herr Verhofstadt und ich haben schon damals, als wir beide noch Finanzminister waren, im Haushalts-Rat unbezahlte Rechnungen entdeckt. Wenn die Europäische Union glaubwürdig bleiben will, kann sie nicht ihre Rechnungen schuldig bleiben. Die Europäische Union muss eingegangene Verpflichtungen erfüllen.

So weit, Herr Präsident, meine Damen und Herren, einige Klarstellungen im Hinblick auf unsere Gespräche und ihre mannigfachen Fragen.

Wir erleben Tag für Tag, dass die Welt um uns herum immer gefährlicher wird. Die Bewegung, die als „islamischer Staat“ bezeichnet wird, steht den europäischen Werten feindlich gegenüber. Wir können ein solches Tun nicht hinnehmen.

Die Ebola-Krise verlangt nach einer starken, schnellen, organisierten und konzentrierten Reaktion der Europäischen Union. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir beim Kampf gegen diese Epidemie bisher auf der Höhe gewesen wären.

Ich muss mit großer Betroffenheit feststellen, dass wir nichts unternommen haben, solange das Phänomen auf Afrika beschränkt war. Erst als die Epidemie nach Europa übergriff, haben wir angefangen, uns zu bewegen. Wir hätten viel früher damit anfangen sollen.

Die Probleme im Zusammenhang mit der illegalen Migration sind nach wie vor ungelöst. Ich habe den ehemaligen griechischen Außen- und Verteidigungsminister gebeten, sich dieses Dossiers anzunehmen, und den für die humanitäre Hilfe zuständigen zyprischen Kommissar aufgefordert, so rasch wie möglich nach Afrika zu reisen, um dort für die Europäische Kommission Präsenz zu demonstrieren. Die Thematik der illegalen wie der legalen Migration werden in dieser Kommission mit Priorität behandelt werden, die, wie ich hoffe, am 1. November ihr Amt antreten wird.

Ich wiederhole, was ich bereits im Juli gesagt hatte: Ich möchte, dass wir die Tugenden der Gemeinschaftsmethode wiederentdecken. Ich möchte, dass diese Kommission und dieses Parlament die Wiederentdeckung der Gemeinschaftsmethode gemeinsam fordern, fördern und organisieren.

Die rein zwischenstaatliche Zusammenarbeit hat in Zeiten, wo dringlich und spontan gehandelt werden muss, ihre Vorteile, aber ich glaube an das fruchtbare Zusammenwirken von Parlament, Rat und Kommission und möchte, dass wir diese Methode wieder zu ihrem Recht kommen lassen.

Wie gesagt, wir fühlen uns durch einen Vertrag gebunden, den wir für fünf Jahre mit diesem hohen Hause geschlossen haben. Der erste Ansprechpartner für die neue Kommission wird das Parlament sein. Jenes Parlament, das dafür gesorgt hat, dass aus dem Urnengang des 27. Mai, in dem die Bürger in einer allgemeinen Wahl ihren Willen geäußert haben, die normalen und natürlichen Konsequenzen gezogen wurden.

Ich gebe zu: unter uns sind auch einige, die nicht dafür waren, dass die politischen Parteien Spitzenkandidaten aufstellen. Es ist aber so geschehen, und ich sage Ihnen und vor allem jenen, die diesem Verfahren ablehnend gegenüberstehen: es gibt kein Zurück mehr.

Der Wahlkampf des Jahres 2019 wird ein echter paneuropäischer Wahlkampf werden, und jeder wird sich dessen bewusst sein, bevor er zur Urne geht ... Die Demokratie ist auch ein Merkmal Europas, sie umspannt den ganzen Kontinent, und indem Europa demokratischer wird, nimmt es den Staaten und Nationen nichts von ihrer Bedeutung. Die Nationen, ich wiederhole es hier, sind keine Provisorien der Geschichte, sie werden dauerhaft Bestand haben, und Europa muss die Nationen und die Mitgliedstaaten respektieren. Europa kann nicht gegen seine Nationen gebaut werden, die alle ihre eigenen Tugenden, ihre eigenen Reichtümer und ihre eigene Daseinsberechtigung haben. Europa kann nicht gegen die Mitgliedstaaten gebaut werden, wohl aber mit dem guten Willen, den wir überall in Europa, in der Zivilgesellschaft, auf der Ebene unserer Gesellschaften, auf der Ebene unserer Mitgliedstaaten, auf der Ebene unserer nationalen Parlamente antreffen.

Ich werde Ihnen sagen, was ich glaube: Ich glaube, dass diese Kommission die Kommission der letzten Chance ist. Entweder es gelingt uns, die europäischen

Bürger näher an Europa heranzuführen, oder wir scheitern. Entweder es gelingt uns, aus Europa ein politisches Ensemble zu machen, das sich um die wichtigen Fragen kümmert und die unwichtigen beiseitelässt, oder wir scheitern. Entweder es gelingt uns, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, den Regierungen, den Parlamenten, den Sozialpartnern die Arbeitslosigkeit drastisch zu senken, oder wir scheitern. Entweder wir schaffen es, den jungen Europäern wieder eine Perspektive zu geben, oder wir scheitern.

Ich möchte, dass wir diese Chance ergreifen, wieder Bewegung in die europäische Politik zu bringen. Europa hat es verdient, und ich zähle auf Sie, Herr Präsident, und meine Damen und Herren Abgeordneten, um die Kommission bei den mannigfaltigen Aufgaben, die vor uns und vor allen Europäern liegen, zu unterstützen.

Vielen Dank für Ihre geduldige

